

Rheinland-Pfalz



Statistische Monatshefte

1995

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Regionale Schülerprognose 1992 bis 2007	165	Die Aktualisierung der regionalen Schülerprognose für die allgemeinbildenden Schulen auf Basis des Schuljahres 1992 / 93 ist abgeschlossen. Die Prognoseergebnisse werden auf Landesebene vorgestellt.
<hr/>		
Arbeitskostenerhebung 1992	170	Bei der Bereitstellung international vergleichbarer Daten als Grundlage wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen kommt der europäischen Arbeitskostenerhebung eine besondere Bedeutung zu. Der vorliegende Beitrag beschreibt das Konzept sowie die Methode der Erhebung und stellt erste Ergebnisse vor.
<hr/>		
In Rheinland-Pfalz lebende Ausländer 1994	175	Die Angaben zum ausländischen Bevölkerungsteil nach einzelnen Staatsangehörigkeiten können aus dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister gewonnen werden. Die Ergebnisse werden dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern einmal jährlich übermittelt und liegen jetzt für 1994 vor.
<hr/>		
Struktur des Zierpflanzenanbaus	181	Der Zierpflanzenanbau ist einer der arbeitsintensivsten Produktionsbereiche der Landwirtschaft. Auf der Grundlage von Ergebnissen der Gartenbauerhebung 1994 wird über seine Struktur berichtet.
<hr/>		
Anhang	41*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	47*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Schülerprognose 1992 / 93 bis 2007 / 08 : Steigende Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien

Seit Mitte der 80er Jahre ist ein deutlicher Anstieg der Geburtenzahlen gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen. Dies hängt damit zusammen, daß die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und frühen 60er Jahre mittlerweile als Elterngeneration in Erscheinung treten. Infolgedessen wird in den kommenden Jahren mit höheren Schülerzahlen als bisher zu rechnen sein. Das zu erwartende hohe Niveau wird allerdings auch von den in den letzten Jahren aufgetretenen Wanderungsströmen beeinflusst, die Rheinland-Pfalz deutliche Bevölkerungszuwächse brachten. Eine erneute Entlastung des Bildungswesens wird erst dann eintreten, wenn die Mitte der 60er Jahre gesunkenen Geburtenzahlen sich auch in der nun herangewachsenen Elterngeneration bemerkbar machen.

Aufgrund der schulartspezifischen Verweildauer wirkt sich der temporäre Anstieg der Geburten und Ersteinschulungen bei den verschiedenen Schularten unterschiedlich aus. Im Primarbereich wird nach einer kräftigen Zunahme ein fast ebenso deutlicher Rückgang bereits bis zum Ende des Prognosezeitraumes erwartet. Die Realschulen werden wesentlich höhere Schülerzahlen zu verzeichnen haben, was sowohl auf stärkeren Jahrgängen als auch auf einer gewachsenen Präferenz für diesen Bildungsgang beruht. Bei den Hauptschulen dagegen wird ein rückläufiger Trend durch die temporär hohen Jahrgangsstärken nur zeitweise umgekehrt, gegen Ende des Prognosezeitraumes ist bereits wieder eine Abnahme zu erwarten. Als Schulart mit der längsten Verweildauer können auch die Gymnasien mit deutlichen Zuwächsen rechnen. Bei Realschulen und Gymnasien wird eine erneute Verminderung der Schülerzahlen erst nach Ende des Prognosezeitraumes zu erwarten sein.

Entsprechend der Schulartwahl wird sich auch die Zusammensetzung der Schulentlassungen verschieben. Der Anteil von Entlassungen mit Sekundarabschluß I wird ansteigen, was vor allem zu Lasten der Abgänge mit Hauptschulabschluß geht. hk

Mehr über dieses Thema auf Seite 165.

Anteil der Ausländer aus der EU auf weniger als ein Viertel gesunken

Nach den Ergebnissen des Ausländerzentralregisters lebten Ende 1994 in Rheinland-Pfalz rund 282 300 Ausländer und Staatenlose. Das waren 6 800 Personen oder 2,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Der langfristige Vergleich macht die wachsende Bedeutung die-

ses Bevölkerungsteils deutlich. So lebten 1960 rund 31 200 Nichtdeutsche im Lande. Im Jahre 1970 war deren Zahl auf 101 100 gestiegen, zehn Jahre später lag sie bei rund 162 800. Ende des Jahres 1990 war mit einer Ausländerzahl von fast 205 500 die 200 000-Marke überschritten. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz lag im Jahre 1994 bei 7,1 %.

Mit dem langfristigen Anstieg ging auch eine Verschiebung nach Herkunftsgebieten einher. So stellten im Jahre 1965 die Länder der heutigen Europäischen Union (Stand 1994 : 12 Mitgliedstaaten) fast 58 % aller Ausländer in Rheinland-Pfalz, Ende 1994 kamen 24,1 % aller Nichtdeutschen aus einem EU-Land. Der Anteil der übrigen europäischen Staaten betrug im Berichtsjahr 56,4 %, vor rund 30 Jahren lag er mit 31 % wesentlich niedriger. Damals kamen aus afrikanischen Staaten 1,2 % und aus asiatischen 2,6 % aller in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer. Heute sind es 4,6 bzw. 10,1 % der nichtdeutschen Bevölkerung. Der Anteil der Menschen aus Ländern des amerikanischen Kontinents ist in diesem Zeitraum von 4,8 auf 4,1 % zurückgegangen. Alles in allem kommen rund 85 % der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer aus Europa und Amerika.

Innerhalb der Gruppe der EU-Staaten stellte Italien mit nicht ganz 28 100 Menschen wiederum das größte Kontingent (43,1 % aller EU-Bürger in Rheinland-Pfalz). Auf den nächsten Plätzen folgten Frankreich und Griechenland mit jeweils rund 8 900 Staatsangehörigen. Die stärkste Gruppe der europäischen Ausländer aus Nicht-EU-Staaten waren türkische Staatsangehörige mit über 72 900 Personen. An zweiter Stelle standen rund 50 700 Personen, die ihre Heimat in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien hatten. Seit 1990 verzeichnete diese Personengruppe hauptsächlich wegen des anhaltenden Bürgerkrieges einen Anstieg um 162,6 %.

Von den am Jahresende 1994 in Rheinland-Pfalz gezählten Ausländern lebte gut ein Viertel seit mehr als 20 Jahren in der Bundesrepublik, fast jeder Zwanzigste sogar seit mehr als 30 Jahren. Ein Drittel der im Lande lebenden ausländischen Mitbürger ist erst in den letzten vier Jahren ins Bundesgebiet gekommen oder hier geboren worden. Starke Unterschiede in der Aufenthaltsdauer bestehen zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Während sich fast zwei Drittel der Spanier bereits mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland aufhielten, betrug dieser Anteil bei türkischen Staatsangehörigen 28,3 %. Von den Menschen aus Afrika lebten nur 8,8 %, von denen aus asiatischen Ländern sogar nur 3,8 % länger als zwei Jahrzehnte in Deutschland. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 175.

kurz + aktuell

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Mai 1995		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Mai 1994 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	119,2	2,1
Bekleidung, Schuhe	119,0	0,9
Wohnungsmieten	142,2	4,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,5	-1,1
Möbel, Haushaltgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	122,2	1,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	129,0	2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126,9	1,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	119,6	1,4
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	148,2	3,9
Gesamtlebenshaltung	126,1	2,2
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,4	2,1
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	127,1	2,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	126,3	2,4

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Im produzierenden Gewerbe Arbeitskosten von 73 900 DM je Arbeitnehmer

Die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz betragen im Jahr 1992 im Durchschnitt 73 900 DM. Davon entfielen 55,5 % (41 000 DM) auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 44,5 % (32 900 DM) auf die gesamten Personalnebenkosten. Der Anteil der gesetzlichen Personalnebenkosten belief sich mit 14 700 DM auf 19,8 % der Arbeitskosten und entspricht damit 44,6 % der gesamten Personalnebenkosten.

Die Arbeitnehmer erhielten durchschnittlich 57 300 DM als Lohn oder Gehalt, was 77,5 % der gesamten Arbeitskosten ausmacht. Darin enthalten sind

Sonderzahlungen von 6 200 DM (8,3 % der Arbeitskosten) sowie die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 10 100 DM (13,7 %). Die restlichen Arbeitskosten entfallen auf die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (14 200 DM bzw. 19,2 %) und die sonstigen Personalnebenkosten (2 500 DM bzw. 3,3 %). ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 170.

667 Betriebe mit Zierpflanzenanbau

Im Jahre 1993 beschäftigten sich 667 Betriebe mit Blumen- und Zierpflanzenanbau. 392 Betriebe waren auf den Anbau spezialisiert. Die Zahl dieser Zierpflanzenbetriebe nahm zwischen 1981 und 1993 nur um 24 % ab, während die Zahl der Gartenbaubetriebe insgesamt um fast ein Drittel zurückging. Im Durchschnitt verfügt ein Zierpflanzenbetrieb über 73 Ar gärtnerische Nutzfläche. 86 % der Zierpflanzenbetriebe bewirtschaften weniger als 1 ha gärtnerische Nutzfläche, während es bei den Gartenbaubetrieben nur gut die Hälfte waren.

Für den Anbau werden bei einer hohen Flächenintensität rund 300 ha genutzt, gegenüber 1981 eine Zunahme von 18 ha. Etwa ein Drittel der Flächen liegt unter Glas, so daß eine ganzjährige Produktion möglich ist. Wichtige Anbauprodukte im Freiland sind Trockenblumen und Gehölze zum Schnitt. Auch Rosen sowie Sommerblumen und Stauden haben größere Bedeutung. Beet- und Balkonpflanzen z.B. Stiefmütterchen, Fuchsien und Begonien werden vorwiegend im Gewächshaus erzeugt, da sie nur so verkaufsfertig im Frühjahr für den Verbraucher bereitgestellt werden können. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 181.

Spargelertrag nur durchschnittlich

Die überwiegend kühle Frühjahrswitterung läßt die rheinland - pfälzische Spargelernte auch in diesem Jahr voraussichtlich nur mit einem durchschnittlichen Ertrag von 35 dt je ha abschließen. Für deutschen Spargel ist die Haupterntezeit der Monat Mai. Zum 24. Juni endet üblicherweise die Saison.

In Rheinland - Pfalz wird Spargel auf mehr als 400 ha angebaut. Das sind knapp 5 % der Anbaufläche in Deutschland. Hauptanbauggebiete sind die südlichen Landkreise Mainz - Bingen, Ludwigshafen, Germersheim und Alzey - Worms. hü

Regionale Schülerprognose 1992 bis 2007

Die regionale Schülerprognose des Statistischen Landesamtes ist ein auf der Bevölkerungsprognose aufbauendes Anschlußmodell. In ihrer aktuellen Fassung behandelt sie einen Prognosezeitraum bis zum Schuljahr 2007/08, wobei ihre Datengrundlage die Zahlen der Schulstatistik bis zum Schuljahr 1992/93 und die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose zum Basisjahr 1992 umfaßt. Prognosewerte werden nur errechnet für den Schulbestand vom Herbst 1992, spätere Schließungen oder Neueröffnungen von Schulen sind in den Zahlen nicht berücksichtigt.

Den Kern des Modells bildet ein Fortschreibungsansatz, dessen Grundgedanke eine möglichst realitätsgetreue Abbildung der Modalitäten ist, nach denen die Schüler das Schulsystem durchlaufen. Ausgangspunkt ist der Schülerbestand zu Beginn des Basisschuljahres, der um die Schülerabgänge am Ende des Schuljahres verringert wird. Die verbleibenden Schüler können die Klassenstufe wiederholen oder rücken in die nächsthöhere Klassenstufe vor. Zusammen mit den übrigen Zugängen ergibt sich ein neuer Ausgangsbestand am Beginn des folgenden Schuljahres. Dieser Vorgang wiederholt sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes, wobei die Fortschreibung jeweils um die erstmals eingeschulten Kinder ergänzt wird. Die Sonderschüler werden mittels sogenannter Strukturquoten prognostiziert, die den Anteil der Schüler eines Altersjahrgangs an der gleichaltrigen Bevölkerung darstellen.¹⁾

Eine wesentliche Neuerung im Modellkonzept ist, daß bei den weiterführenden Schulen nicht mehr auf der Ebene der Schulorte (die mehrere Schulen einer Schulart umfassen können), sondern auf der einzelner Schulen gerechnet wird. Diese Umstellung liegt darin begründet, daß die Schülerprognose im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung den lokalen Schulträgern als Entscheidungshilfe zur Verfügung stehen soll. Des weiteren wurden neben den bereits in früheren Prognoseläufen behandelten Schularten – Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, integrierte Gesamtschulen und Schulen für Lern-

behinderte – auch die freien Waldorfschulen und die regionalen Schulen in die Prognose aufgenommen. Damit sind mit Ausnahme der übrigen Sonderschulformen alle weiterführenden Schulen abgedeckt.

Die Verhaltensparameter für Zugänge, Übergänge, Wiederholer und Entlassungen werden weitgehend aufgrund von Dreijahresdurchschnitten geschätzt, lediglich an einigen Schlüsselstellen werden Trendextrapolationen vorgenommen. Sofern in dieser Dreijahresperiode Änderungen im Schulbestand auftraten, wurde versucht, das aktuelle Schulbesuchsmuster zu erfassen und für die Prognose zu verwenden. Dies trifft zum Beispiel für die neu errichteten regionalen Schulen zu, die mit dem Schuljahr 1992/93 erstmals Schüler in die 5. Klassenstufe aufnahmen.

Generell muß darauf hingewiesen werden, daß die Prognosedaten, soweit sie in regionale Planungen einfließen, durch ortsspezifische Überlegungen zu ergänzen sind. Das Prognosemodell ist im wesentlichen eine Fortschreibungsrechnung unter Status-quo-Bedingungen und kann nicht alle Faktoren verarbeiten, die für lokale Entwicklungen maßgebend sein mögen. Neben aktuellen oder zukünftigen Änderungen im Schulbestand (nach 1992) wären hier beispielsweise geplante oder in Realisierung befindliche Baugebiete zu nennen, die den örtlichen Bevölkerungsstand und die Schülerzahl in einer von zentraler Stelle aus nicht abschätzbaren Weise beeinflussen.

Ersteinschulungen temporär ansteigend

Die Anzahl der Geburten war, ausgehend von relativ hohen Werten in den 50er und frühen 60er Jahren, bis Mitte der 70er Jahre deutlich zurückgegangen und hatte sich danach stabilisiert. Seit 1980, insbesondere seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre, ist jedoch ein erneuter Anstieg der Neugeborenen zu verzeichnen. Dies hängt natürlich damit zusammen, daß nun die früheren geburtenstarken Jahrgänge als Elterngeneration auftreten. Die zeitliche Abfolge wurde auch davon beeinflusst, daß sich das generative Verhalten etwas verschoben hat, weil Frauen ihre Kinder nunmehr tendenziell in etwas höherem Lebensalter bekommen. Die der Schülerprognose zugrundeliegende Bevölkerungsprognose geht davon aus, daß sich dieser Trend bei insgesamt fast

1) Eine ausführliche methodische Beschreibung des Prognosemodells findet sich in: Matthias Hauk/Hans Libowitzky, Regionale Schülerprognose Teil 1: Modellkonzeption, Grundschulen, Übergänge auf weiterführende Schulen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 2/95, S. 32-39 und Matthias Hauk/Hans Libowitzky, Regionale Schülerprognose Teil 2: Weiterführende Schulen und Schulentlassungen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 4/95, S. 93-103.

Ersteinschulungen 1992/93 bis 2007/08 nach Regierungsbezirken

Schuljahr	Insgesamt	Regierungsbezirk			Insgesamt	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rheinhes- sen - Pfalz		Koblenz	Trier	Rheinhes- sen - Pfalz
	Anzahl				Meßzahlen: 1992/93 = 100			
1992/93	40 400	15 400	5 200	19 900	100	100	100	100
1993/94	42 800	16 100	5 500	21 200	105,9	105,0	105,3	106,7
1994/95	44 800	16 800	5 800	22 200	110,8	109,6	110,8	111,7
1995/96	45 800	17 500	5 800	22 500	113,4	113,7	112,1	113,5
1996/97	46 600	17 900	5 900	22 700	115,2	116,5	114,1	114,4
1997/98	47 500	18 300	6 100	23 100	117,4	118,9	117,6	116,3
1998/99	47 300	18 200	6 100	23 000	116,9	118,5	116,4	115,8
1999/00	47 000	18 100	6 000	22 800	116,2	118,1	115,0	115,1
2000/01	46 500	17 900	5 900	22 600	114,9	116,6	114,0	113,8
2001/02	45 900	17 700	5 900	22 300	113,6	115,4	112,8	112,4
2002/03	45 200	17 500	5 800	22 000	111,9	113,8	111,1	110,7
2003/04	44 500	17 200	5 700	21 600	110,0	111,9	109,0	108,7
2004/05	43 600	16 900	5 600	21 200	107,8	109,8	106,6	106,5
2005/06	42 600	16 500	5 400	20 700	105,4	107,5	103,9	104,1
2006/07	41 600	16 100	5 300	20 200	102,8	105,1	101,2	101,5
2007/08	40 600	15 800	5 100	19 700	100,4	102,8	98,6	99,0

unveränderter Fertilität fortsetzt²⁾. Insgesamt war also schon aufgrund dieser – aus demographischen Gründen voraussehbaren – Komponente der Schülerzahlentwicklung eine Zunahme der Einschulungen gegenüber früheren Jahren zu erwarten. In der Zukunft wird sich diese Tendenz allerdings nicht fortsetzen; aufgrund der zukünftigen Verschiebungen in der Altersstruktur dürfte die Zahl der Neugeborenen im Verlauf des Prognosezeitraumes wieder deutlich sinken.

Daneben ergab sich seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre aber auch ein unerwarteter Umbruch in der Entwicklung der Bevölkerungszahlen: Rheinland-Pfalz hatte starke Wanderungsgewinne zu verzeichnen, die den vorher rückläufigen Trend in der Entwicklung der Gesamtbevölkerung umkehrten. Der Zustrom enthielt Zuzüge von außerhalb des Bundesgebietes (insbesondere Aussiedler), aber auch innerdeutsche Binnenwanderungen. Ein erheblicher Teil dieser Nettozuwanderung bestand aus jungen Menschen im Heiratsalter bzw. aus Paaren mit Kindern, so daß sich daraus auch Konsequenzen für die Zahl der Schüler im Basisjahr und für die Zahl der Einschulungen im Prognosezeitraum ergaben. Die zugrundeliegende Bevölkerungsvorausschätzung geht von der Annahme aus, daß der Zuwanderungsüberschuß bis zum Jahr 2000 deutlich zurückgeht. Hierbei ist auch zu beachten, daß die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsprognose in die Schülerprognose nur an der Schnittstelle der beiden Modelle einfließen, nämlich bei den Ersteinschulungen. Wanderungen von Angehörigen höherer Altersgruppen werden in der Schülerprognose nicht berücksichtigt.

Aufgrund der oben skizzierten Fakten weist die Zahl der Ersteinschulungen ein im Vergleich zu früheren Jahren recht hohes Niveau auf, und die prognostizierte Zeitreihe zeigt einen charakteristischen Höcker, dessen

tieferer Ursache der Umschwung in der Geburtenzahl Mitte der 60er Jahre ist. Der damalige Rückgang wirkt sich auch in der darauffolgenden Generation noch deutlich aus. Ausgehend von etwa 40 500 Ersteinschulungen im Basisjahr steigt der Prognosewert auf ca. 47 500 im Schuljahr 1997/98, um danach wieder auf den Ausgangswert zurückzufallen.

Zeitweise fast 20% mehr Grundschüler

Wie die Ersteinschulungen zeigt auch die Zahl der Schüler im Primarbereich (d.h. Grundschüler einschließlich Schüler in den Klassenstufen 1 bis 4 an freien Waldorfschulen) einen temporären Anstieg, der allerdings aufgrund der Verweilzeit geringfügig zeitversetzt ist. Ausgehend von 162 300 Grundschulern im Schuljahr 1992/93 wird um die Jahrtausendwende ein Wert erreicht, der um mehr als 18% über der Ausgangszahl liegt. Am Ende des Prognosezeitraums wird die Zahl der Grundschüler landesweit dann nur noch knapp 6% höher sein als im Basisjahr. Dabei gehen in den Landkreisen Altenkirchen, Neuwied und im Rhein-Hunsrück-Kreis zeitweise über ein Viertel mehr Schüler in die Grundschule als im Basisjahr, während im Landkreis Südliche Weinstraße nur ein Anstieg von weniger als 10% erreicht wird.

Relativ stabiles Übergangsverhalten

In der Regel werden mit dem Übergang von der 4. Grundschulklasse in die 5. Klassenstufe weiterführende Schulen die Weichen für die Wahl der Schullaufbahn gestellt. Wechsel in höheren Klassenstufen sind dagegen weniger bedeutend, werden in der Schülerprognose jedoch ebenfalls modelliert. Die Schulartwahl in der 5. Klassenstufe bildet eine Schlüsselstelle des Modells, da die von den Grundschulen kommenden Schüler nicht nur auf die Schularten zu verteilen sind,

2) Eine Beschreibung der genannten Bevölkerungsprognose ist zu finden bei: Günter Ickler, Neue regionale Bevölkerungsprognose, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 2/94, S. 25-28.

sondern auch eine regionale Zuordnung zwischen dem Wohnort und den besuchten Schulen getroffen werden muß.

Betrachtet man das Übergangsverhalten im langjährigen Landesdurchschnitt, so ist klar erkennbar, daß der Anteil von Realschulen und Gymnasien deutlich und kontinuierlich anstieg, was zu Lasten der dritten flächendeckenden Schulart, der Hauptschulen, ging. Als den Eltern im Schuljahr 1991/92 die Wahl der Schulaufbahn freigestellt wurde, kam es noch einmal zu einer kräftigen Verschiebung um fast 5 Prozentpunkte von der Hauptschule zur Realschule.

Der aktuellen Schülerprognose liegt die Annahme zugrunde, daß die weitere Entwicklung nach diesem Sprung zwar in dieselbe Richtung, aber eher moderat verlaufen wird. So wird für die Gymnasien ein Verharren auf dem Niveau von 33,7% unterstellt, während bei den Realschulen ein Landestrend Verwendung findet, der von 29,1% im Schuljahr 1992/93 leicht auf 30,6% am Ende des Prognosezeitraumes ansteigt. Entsprechend ergibt sich für die Hauptschulen eine von 37,2% auf 35,7% fallende Quote. Die nicht flächendeckend vorhandenen Schularten werden hierbei einem dieser drei Schultypen zugeordnet. So werden die Übergänge auf regionale Schulen und auf die Integrierte Gesamtschule Kastellaun unter den Hauptschulen subsumiert, während integrierte Gesamtschulen (ohne Kastellaun) und freie Waldorfschulen im Realschulbereich geführt werden.

Die Zahl von knapp 81 700 Hauptschülern im Basisjahr reduziert sich bis zum Schuljahr 1996/97 auf etwa 72 300, um danach wieder auf das Ausgangsniveau anzusteigen und anschließend geringfügig abzufallen. Bei Betrachtung einzelner Schulen ergibt sich naturgemäß ein sehr heterogenes Bild, aber auch die Aggregation bis auf die Ebene der Verwaltungsbezirke zeigt noch deutliche Unterschiede: So sinkt die Zahl der Hauptschüler im Landkreis Daun und der Stadt Speyer kaum ab und liegt am Ende des Prognosezeitraumes deutlich über dem Ausgangswert, während in der Stadt Kaiserslautern und im Landkreis Mainz-Bingen im Minimum weniger als 70% der ursprünglichen Schülerzahl erreicht werden und auch in den letzten der 15 Prognosejahre weiterhin ein gravierender Rückgang im Vergleich zum Basisjahr zu verzeichnen ist. Diese starken Rückgänge sind aber im Zusammenhang zu sehen mit den Veränderungen des Schulbestandes in jenen Bezirken. Sowohl im Kreis Mainz-Bingen als auch in Kaiserslautern wurden integrierte Gesamtschulen auf- bzw. ausgebaut: Neben jener in Mainz selbst (die im Schuljahr 1992/93 noch nicht alle Klassenstufen führte) wurde auch in Ingelheim eine neue Gesamtschule eröffnet; in Kaiserslautern wurde eine Hauptschule in eine Dependence der Integrierten Gesamtschule umgewandelt. Zusätzlich wirkte sich für Kaiserslautern auch die neue Freie Waldorfschule in Otterberg aus, während im Kreis Mainz-Bingen eine Regionale Schule in Sprendlingen eröffnet wurde. Alle diese Faktoren ziehen natürlich Schüler von den Hauptschulen ab und machen den starken Rückgang im Prognosezeitraum plausibel.

Wellenförmiger Verlauf bei Hauptschulen

Ausgehend vom Niveau des Basisjahres wird bei den Hauptschulen zunächst ein erhebliches Absinken der Schülerzahl prognostiziert, das allerdings gegen Ende des Prognosezeitraums zumindest teilweise wieder kompensiert wird, wenn erneut zahlenmäßig starke Jahrgänge das Schulsystem durchlaufen.

Realschulen werden beliebter

Bei den Realschulen wird, wie aufgrund des Trends im Übergangsverhalten nicht anders zu erwarten, eine deutliche Zunahme der Schülerzahlen prognostiziert. Von 52 600 im Basisjahr wird die Landessumme kontinuierlich auf ca. 81 000 gegen Ende des Prognosezeit-

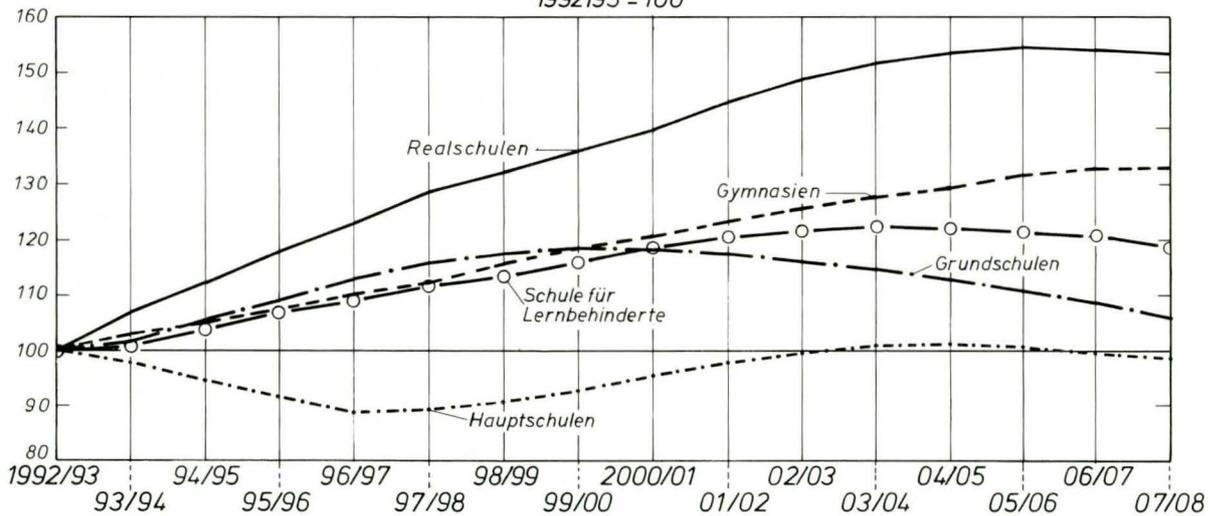
Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1992/93 bis 2007/08 nach Schularten

Schuljahr	Insgesamt	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen	Regionale Schulen	Freie Waldorfschulen	Schulen für Lernbehinderte
	Anzahl								
1992/93	410 100	162 300	81 700	52 600	99 200	4 600	500	800	8 400
1993/94	418 000	165 300	79 400	56 000	101 900	5 000	1 000	900	8 500
1994/95	427 000	170 500	77 000	59 000	104 100	5 300	1 400	1 000	8 700
1995/96	436 900	176 700	74 600	62 000	106 100	5 600	1 800	1 100	9 000
1996/97	446 800	182 900	72 300	64 700	108 500	5 900	2 200	1 200	9 100
1997/98	458 100	187 800	72 400	67 500	111 100	6 300	2 500	1 300	9 300
1998/99	467 800	190 400	73 700	69 400	114 300	6 500	2 500	1 400	9 500
1999/00	476 300	191 700	75 600	71 300	117 200	6 800	2 600	1 500	9 700
2000/01	483 600	191 700	77 700	73 500	119 600	7 000	2 600	1 500	9 900
2001/02	489 800	190 200	79 900	75 900	122 100	7 300	2 700	1 600	10 100
2002/03	494 300	188 200	81 500	78 100	124 400	7 400	2 800	1 600	10 200
2003/04	496 700	185 700	82 400	79 800	126 600	7 600	2 800	1 700	10 300
2004/05	497 100	182 800	82 600	80 700	128 700	7 700	2 800	1 700	10 300
2005/06	495 600	179 400	82 300	81 100	130 300	7 700	2 800	1 700	10 200
2006/07	491 800	175 700	81 500	81 000	131 200	7 800	2 800	1 700	10 100
2007/08	486 100	171 800	80 300	80 500	131 300	7 700	2 800	1 700	10 000

1) Ohne die Schüler an anderen Sonderschulformen.

Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1992/93 bis 2007/08 nach Schularten

1992/93 = 100



¹⁾Ohne übrige Sonderschulformen, freie Waldorfschulen, integrierte Gesamtschulen und regionale Schulen.

74/95

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

raums ansteigen, was eine Steigerung um über 50% gegenüber dem Ausgangswert bedeutet. Auch hier zeigt sich ein differenziertes Bild, wenn man die Ebene der Verwaltungsbezirke betrachtet. Spitzenreiter der prognostizierten Entwicklung sind der Landkreis Cochem-Zell und die kreisfreie Stadt Kaiserslautern mit einer Zunahme von jeweils über 80%. Am anderen Ende der Skala rangieren mit einer Steigerung von weniger als 40% die Landkreise Berncastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Ludwigshafen und Mainz-Bingen.

Es fällt auf, daß sich die Stadt Kaiserslautern und der Kreis Mainz-Bingen auch hier unter den Verwaltungsbezirken mit einer prägnanten Entwicklung befinden. Gerade in solchen Fällen muß aber darauf hingewiesen werden, daß Probleme wie die oben angeführten Ver-

änderungen im Schulbestand die Prognose mit einem zusätzlichen Unsicherheitsfaktor belasten können. Während nämlich das Konzept der Schülerprognose normalerweise darauf baut, durch Bildung mehrjähriger Durchschnitte die stabilen Charakteristika des Schülerverhaltens zu erfassen, kann dieses Konzept bei neuen Schulen nicht angewandt werden. Wird etwa im letzten Schuljahr des Beobachtungszeitraums (hier: 1992/93) eine Schule eröffnet, so müssen die in diesem einen Jahr aufgetretenen Schülerströme als Schätzgrundlage verwendet werden, zum Beispiel beim Übergang von der 4. in die 5. Klassenstufe. Neben der Tatsache, daß eine Stabilisierung des Schülerverhaltens bei neuen Schulen ohnehin erst nach einiger Zeit zu erwarten ist, gibt die Verkürzung des Stützzeitraumes natürlich Zufallseinflüssen größere

Schulentlassungen von allgemeinbildenden Schulen¹⁾ am Schuljahresende 1992/93 bis 2007/08 nach der Art des Entlassungszeugnisses

Schuljahr	Insgesamt	Ohne Hauptschulabschluß ²⁾	Mit Hauptschulabschluß	Mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	Mit Hochschulreife	%			
						Ohne Hauptschulabschluß ²⁾	Mit Hauptschulabschluß	Mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	Mit Hochschulreife
1992/93	36 200	3 100	13 000	11 600	8 400	8,7	36,0	32,1	23,2
1993/94	37 200	3 200	13 000	12 300	8 700	8,5	35,0	33,2	23,3
1994/95	37 400	3 200	12 900	12 400	8 900	8,5	34,6	33,2	23,7
1995/96	38 100	3 200	13 200	13 000	8 700	8,4	34,6	34,2	22,8
1996/97	37 700	3 200	11 800	13 700	9 100	8,4	31,3	36,3	24,0
1997/98	39 100	3 200	11 600	15 200	9 100	8,1	29,7	38,8	23,3
1998/99	40 100	3 200	11 500	15 700	9 800	7,9	28,6	39,1	24,4
1999/00	40 600	3 200	11 400	15 700	10 300	7,9	28,0	38,7	25,4
2000/01	41 200	3 300	11 500	15 800	10 600	8,0	27,9	38,3	25,8
2001/02	42 300	3 500	12 000	16 100	10 700	8,2	28,3	38,1	25,4
2002/03	43 600	3 600	12 500	16 900	10 700	8,2	28,6	38,6	24,5
2003/04	44 800	3 700	12 800	17 700	10 700	8,2	28,6	39,4	23,8
2004/05	45 800	3 700	13 000	18 300	10 800	8,1	28,4	39,9	23,6
2005/06	47 100	3 700	13 200	18 700	11 400	8,0	28,1	39,8	24,2
2006/07	48 000	3 700	13 200	19 200	11 900	7,8	27,5	39,9	24,8
2007/08	48 300	3 700	13 100	19 300	12 200	7,7	27,0	40,0	25,3

¹⁾ Sonderschulen: nur Schulen für Lernbehinderte. - ²⁾ Einschl. Abgangs- und Abschluszeugnis der Schule für Lernbehinderte.

res Gewicht. Aus diesen Gründen ist die Prognose in solchen Fällen mit besonderer Vorsicht zu interpretieren.

Steigende Schülerzahlen auch bei anderen Schularten

An Gymnasien wird die Schülerzahl sich ebenfalls erhöhen, allerdings nicht so gravierend wie an den Realschulen. Ausgehend von knapp 100 000 Schülern im Schuljahr 1992/93 wird die Zahl der Gymnasiasten bis 2007/08 um ein knappes Drittel auf etwa 131 000 steigen. Die Zeitreihen für die Verwaltungsbezirke bewegen sich im allgemeinen in der Nähe des Landestrends.

An Sonderschulen für Lernbehinderte ähnelt die Entwicklung dem Verlauf an Grundschulen. Die Schülerzahl steigt von ca. 8 400 auf fast 10 300 an, um danach wieder auf knapp 10 000 zurückzufallen.

Bei den fünf im Schuljahr 1992/93 existierenden integrierten Gesamtschulen war ohnehin zu erwarten, daß ihre Schülerzahl ansteigen würde, weil sie sich zum Teil noch in der Ausbauphase befanden: In Ingelheim am Rhein waren gerade die ersten Schüler in die 5. Klassenstufe aufgenommen worden, in Mainz und Kastellaun wurde die Sekundarstufe II aufgebaut. Daher erhöhen sich die prognostizierten Schülerzahlen an diesen fünf Schulen von etwa 4 500 im Basisjahr auf über 7 700 im Schuljahr 2007/08, wobei Zuwächse auch bei jenen integrierten Gesamtschulen erwartet werden, die bereits voll ausgebaut waren (Kaiserslautern und Ludwigshafen).

Bei den freien Waldorfschulen ist aus dem gleichen Grund (einzelne Schulen in der Aufbauphase) mit

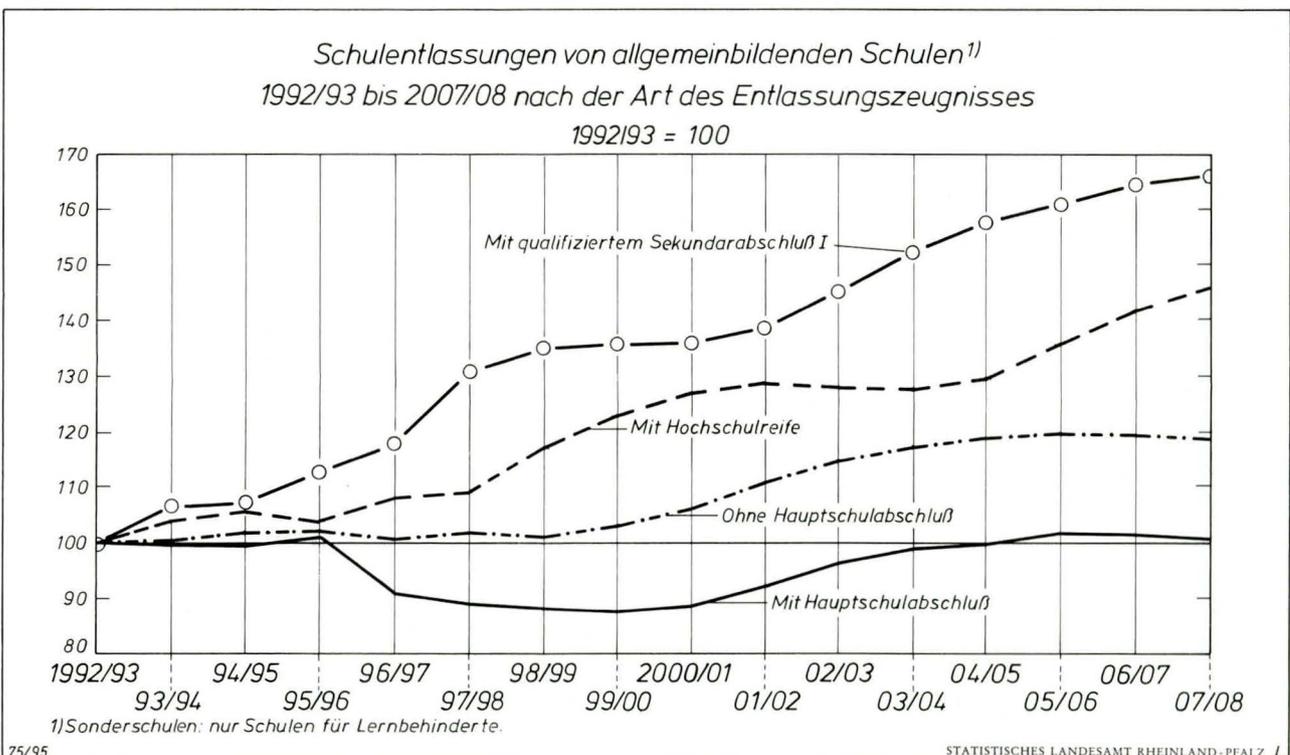
einem Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen. Landesweit wird sich die Zahl der Waldorfschüler voraussichtlich mehr als verdoppeln, von gut 800 auf mehr als 1 700.

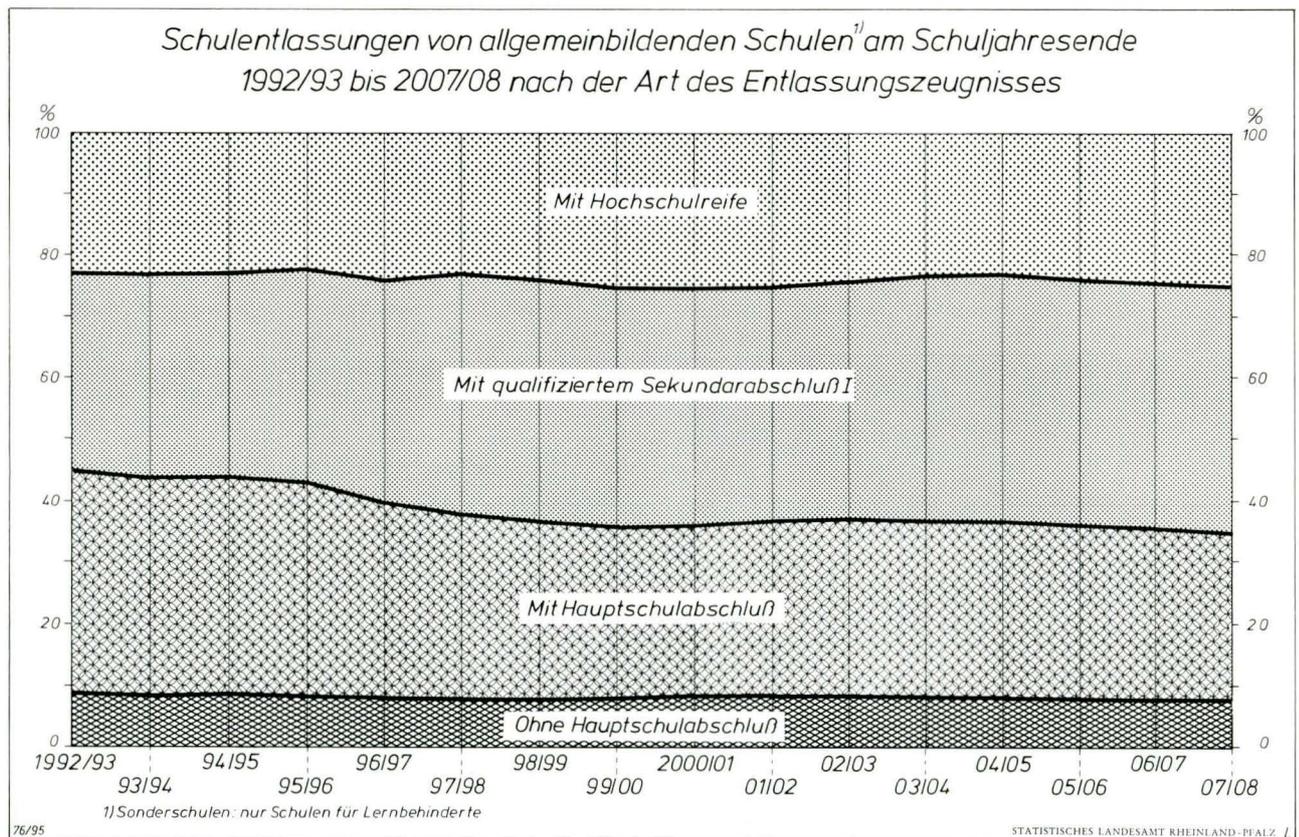
Naturgemäß werden auch die im Basisschuljahr bestehenden sechs regionalen Schulen steigende Schülerzahlen aufweisen, da sie 1992 erst eröffnet wurden. Insgesamt wird mit etwa 2 800 Schülern am Ende des Prognosezeitraumes gerechnet, wobei sich die Annahmen über das Schülerverhalten an regionalen Schulen (Wiederholer, Übergänge etc.) weitgehend an den Vorläufer-Hauptschulen orientieren.

Schulentlassungen mit Sekundarabschluß I erhalten steigendes Gewicht

Unter Schulentlassungen werden jene Schüler verstanden, die entweder den für die jeweilige Schulart typischen Abschluß erreichen oder ihre Schule nach Erfüllung der Schulpflicht mit einer geringeren als der ursprünglich angestrebten Qualifikation verlassen. In dieser Zahl enthalten sind also auch jene Schüler, die nach erfolgreichem Abschluß der Haupt- oder Realschule den Schulbesuch am Gymnasium fortsetzen; die Differenz fällt jedoch in der Landessumme nicht ins Gewicht.

Entsprechend den steigenden Schülerzahlen nehmen auch die Entlassungen im Prognosezeitraum deutlich zu, von ca. 36 000 auf über 48 000. Daß hierbei die Entlassungen mit Sekundarabschluß I am stärksten wachsen, liegt nicht nur am steigenden Schüleranteil der Realschule. Bei der Prognose im Bereich der Hauptschulen wurde nämlich angenommen, daß der Anteil der Hauptschüler, die nach der 9. Klassenstufe das frei-





willige 10. Schuljahr zum Erwerb des Sekundarabschlusses I absolvieren, weiter ansteigt. Daher geht die zahlenmäßige Bedeutung derjenigen Schüler, die das Schulsystem ohne bzw. mit Hauptschulabschluss verlassen, weiter zurück. Der Anteil der Abiturienten steigt mäßig von 23% auf etwa ein Viertel, während die Entlassungen mit Hauptschulabschluss von ca. 36% auf 27% zurückgehen. Den größten Anteil von etwa 40% werden am Ende des Prognosezeitraumes die Entlassungen mit Sekundarabschluss I ausmachen, während die sonstigen Entlassungen (ohne Hauptschulabschluss sowie Entlassungen von Schulen für Lernbehinderte) sich bei etwa 8% bewegen.

Insgesamt scheint sich also im Bildungsbereich ein Trend fortzusetzen, der auch von gesamtwirtschaftlichen Faktoren diktiert ist. Ein rohstoffarmes Land wie

Deutschland, dessen Wirtschaft eine im internationalen Vergleich hohe Reallohnposition hält und weiter halten will, kann dies nur durch gut ausgebildete Arbeitskräfte erreichen. Die Konkurrenz durch Niedriglohnländer im nahen geographischen Umfeld erschwert die Erhaltung niedrigqualifizierter, aber relativ hochbezahlter Arbeitsplätze. Der Wunsch nach besserer schulischer Bildung trägt dem Rechnung, jedoch scheint die Tendenz zu einer – ebenfalls problematischen – Überbetonung der universitären Ausbildung zumindest nicht mehr weiter zu wachsen. Angesichts von Kapazitätsengpässen der Universitäten und von Arbeitsmarktproblemen, die auch die Absolventen akademischer Ausbildungsgänge erreicht haben, wird sich der Trend zum Abitur wahrscheinlich nicht noch weiter verstärken.

Dr. Matthias Hauk

Arbeitskostenerhebung 1992

Teil I: Konzept, Methode, erste Ergebnisse

Die aktuelle Diskussion über die Höhe der Lohnkosten und die damit verbundene internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Deutschland verdeutlicht die Notwendigkeit einer Erhebung der Arbeitskosten. Von besonderem Interesse ist dabei neben der Höhe vor allem die Struktur der Arbeitskosten. Informationen hierüber werden u. a. als Orientierungsgröße bei Tarifverhandlungen herangezogen und

finden Eingang in die Überlegungen zur Finanzierung der Pflegeversicherung, bei denen die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Vergütung arbeitsfreier Tage im Mittelpunkt stehen.

Da auch die Europäische Kommission vergleichbare Daten zur Verfolgung wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele benötigt, werden seit 1959 in den Mitgliedsländern

der Europäischen Union (EU) Arbeitskostenerhebungen durchgeführt. Nach einigen Änderungen gilt seit 1984 eine vierjährige Periodizität. Rechtsgrundlage der Erhebungen bilden Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften. Die Erhebung für das Jahr 1992 stützte sich auf die Verordnung (EWG) Nr. 3949/92 des Rates vom 21. Dezember 1992 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor.

Konzept

Gegenüber den vorangegangenen Erhebungen wurden 1992 einige konzeptionelle Änderungen vorgenommen. Dabei stellte die Ausweitung des Dienstleistungssektors die bedeutendste Modifikation dar. Neben den bisher erfaßten Bereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe wurden in Deutschland zusätzlich die Bereiche „Datenverarbeitung und Datenbanken“, „Forschung und Entwicklung“ sowie „Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen“¹⁾ befragt. Für die Ergebnisdarstellung in Rheinland-Pfalz ist dabei lediglich der letztgenannte Bereich relevant. Die Ausdehnung des Erhebungsbereichs auf den gesamten in der Verordnung festgelegten Dienstleistungssektor konnte wegen einiger erhebungstechnisch schwierig zu erfassender Wirtschaftsbereiche nicht realisiert werden.

Die erstmalige Einbeziehung von Unternehmen der neuen Bundesländer bedeutete für die amtliche Statistik in Deutschland ebenfalls eine wichtige organisatorische Änderung.

Bei der Interpretation der Ergebnisse und vor allem beim Vergleich mit den vorangegangenen Erhebungen ist es wichtig zu wissen, daß die Ergebnisdarstellung aufgrund der Einführung der Klassifikation der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1) erstmals nach der neuen Wirtschaftszweigsystematik in Deutschland (WZ 93) erfolgt. Da gegenüber der alten Wirtschaftszweigsystematik (WZ 79) einige strukturelle Veränderungen eingetreten sind²⁾ (z. B. zählt das Verlagsgewerbe nicht mehr zum Dienstleistungsbereich sondern zum verarbeitenden Gewerbe), sind zeitliche Vergleiche nur bedingt möglich.

Im produzierenden Gewerbe wurden die Angaben der Beschäftigten getrennt nach Angestellten und Arbeitern erfragt und nachgewiesen. Aus erhebungstechnischen Gründen haben die anderen Mitgliedsländer der EU die getrennte Erfragung abgelehnt. Obwohl diese Trennung sowohl in den Unternehmen als auch in

den statistischen Ämtern einen zusätzlichen Arbeitsaufwand verursacht, zeigt ein Blick auf die Tabelle des produzierenden Gewerbes derart gravierende Abweichungen in den Ergebnispositionen, daß diese Trennung unabhängig von der großen nationalen Nachfrage sinnvoll erscheint.

Methode

Arbeitskostenerhebungen werden wie die anderen Lohn- und Gehaltsstatistiken als Repräsentativerhebungen durchgeführt.³⁾ Damit auch für die Bundesländer die Möglichkeit besteht, Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung differenziert nachzuweisen, wird die Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs nach dem „Prinzip der vergleichbaren Präzision für gegliederte Ergebnisse“ vorgenommen. Dies hat zur Folge, daß kleine Länder einen größeren und große Länder einen kleineren Auswahlsatz erhalten als bei einer proportionalen Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs. In Rheinland-Pfalz wurden 1 770 Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten ausgewählt, was einem Auswahlsatz von etwa 18 % entspricht.

Die Ziehung der berichtspflichtigen Unternehmen erfolgte geschichtet nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen. Zur Entlastung der Unternehmen, die bereits 1988 berichtspflichtig waren, wurde soweit wie möglich eine Rotation gegenüber dem alten Berichtskreis durchgeführt. Die Grenzen des Rotationsprinzips sind allerdings dann erreicht, wenn Unternehmen in schwach besetzten Wirtschaftszweigen und/oder Beschäftigtengrößenklassen auszuwählen sind.

Als Auswahl- und Befragungseinheit ist das Unternehmen festgelegt. Diese Vorgehensweise ist notwendig, da verschiedene Angaben in einigen Unternehmen nicht auf Betriebsebene gemacht werden können. Um eine regionale Zuordnung der Ergebnisse zu ermöglichen, wird im Bereich des produzierenden Gewerbes der Betrieb als Berichtseinheit bestimmt. Mehrbetriebsunternehmen müssen deshalb ihre Daten gesondert für die einzelnen Betriebe liefern. Die Darstellung der Ergebnisse für Rheinland-Pfalz erfolgt nach dem Unternehmenskonzept. Das bedeutet, daß sich die veröffentlichten Zahlen auf Unternehmen beziehen, die ihren Sitz in Rheinland-Pfalz haben. Betriebe bzw. Unternehmensteile, die in den neuen Bundesländern liegen wurden dabei nicht berücksichtigt. Dieses Vorgehen verbessert den Zeitvergleich mit früheren Erhebungen.

Zur Vereinfachung der Erhebung und zur Entlastung der Berichtspflichtigen wurde auf eine Differenzierung der Angaben nach dem Geschlecht der Arbeitnehmer verzichtet. Bei den prozentualen Anteilen der Personalnebenkosten an den Arbeitskosten insgesamt sind allerdings auch keine geschlechtsbedingten signifikanten Abweichungen der Ergebnisse zu erwarten.

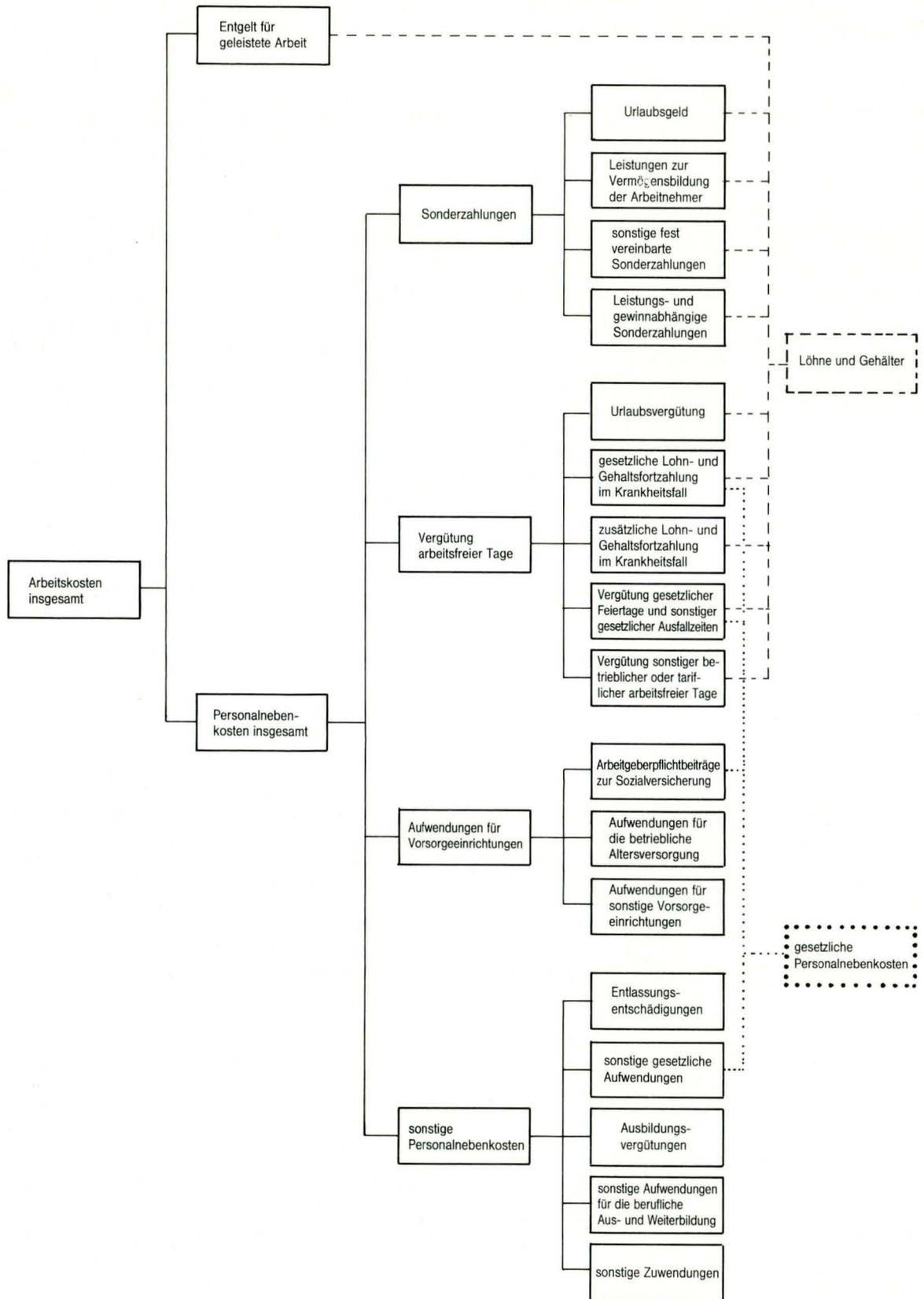
Die Tabellen enthalten die durchschnittlichen Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer. Die Angaben der ebenfalls befragten Teilzeitkräfte werden mit Hilfe spezieller Verfahren entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit in Vollzeiteinheiten umgerechnet.

1) Der Bereich Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen umfaßt die Wirtschaftsgruppen Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften; Architektur- und Ingenieurbüros; Technische, physikalische und chemische Untersuchung; Werbung; Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften; Detekteien und Schutzdienste; Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

2) Vgl. Klaus Gensmann, Umstellung der Statistiken im verarbeitenden Gewerbe, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 10/94, S. 238-241.

3) Vgl. Thomas Kirsche, System der Lohn- und Gehaltsstatistiken, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 3/95, S. 68-72.

Systematik der Kostenarten bei der Arbeitskosten-erhebung



Systematik der Kostenarten

Auf der 11. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker 1966 in Genf wurde der Begriff der Arbeitskosten für die Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegt. Danach lassen sich die gesamten Arbeitskosten in das Entgelt für geleistete Arbeit und die gesamten Personalnebenkosten gliedern. Eine Aufteilung der Personalnebenkosten führt zu den vier Unterpositionen Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage, Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen und sonstige Personalnebenkosten. Die Position Entgelt für geleistete Arbeit ist keine erfragte, sondern eine berechnete Größe, die aus der Subtraktion der Sonderzahlungen und der Vergütung arbeitsfreier Tage von den Löhnen bzw. Gehältern resultiert.

Unter den Sonderzahlungen haben die fest vereinbarten Sonderzahlungen (13. Monatslohn bzw. -gehalt, Weihnachtsgeld) und das Urlaubsgeld das größte Gewicht, während die Urlaubsvergütung, die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall sowie die Vergütung gesetzlicher Feiertage die Höhe der Vergütung arbeitsfreier Tage maßgeblich beeinflussen. Den Schwerpunkt der Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen bilden die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Als Beispiel für die sonstigen Personalnebenkosten, die sich naturgemäß in viele Einzelpositionen aufspalten, seien hier die Ausbildungsvergütungen genannt, welche bei der aktuellen Lehrstellendiskussion von besonderem Interesse sind.

Eine weitere stark beachtete Position stellt die Zusammenfassung der gesetzlichen Personalnebenkosten dar. Hierunter fallen insbesondere die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Vergütung gesetzlicher Feiertage.

Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe bei 73 900 DM je Arbeitnehmer

Die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz betragen im Jahr 1992 im Durchschnitt 73 900 DM. Davon entfielen 55,5 % (41 000 DM) auf das Entgelt für

Arbeitskosten der vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe 1992

Berichtsmerkmal	Produzierendes Gewerbe								
	insgesamt			darunter					
				verarbeitendes Gewerbe			Baugewerbe		
	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer
DM									
Arbeitskosten insgesamt	63 666	95 704	73 925	62 514	96 941	74 256	67 006	83 827	70 069
darunter Bruttolöhne und -gehälter	49 015	74 822	57 278	48 524	75 984	57 890	50 192	66 671	53 192
Entgelt für geleistete Arbeit	34 864	54 090	41 020	34 275	54 807	41 278	36 791	50 453	39 278
Personalnebenkosten insgesamt	28 803	41 614	32 905	28 239	42 133	32 978	30 215	33 373	30 790
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	13 996	16 089	14 666	13 534	16 158	14 429	15 729	15 499	15 687
Sonderzahlungen	4 974	8 680	6 161	4 979	8 882	6 310	4 835	6 656	5 166
Vergütung arbeitsfreier Tage	9 177	12 052	10 097	9 269	12 295	10 301	8 566	9 562	8 748
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	12 482	17 809	14 188	12 173	17 749	14 075	13 221	15 459	13 629
darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	9 978	11 951	10 610	9 631	11 985	10 434	11 266	11 743	11 352
sonstige Personalnebenkosten	2 170	3 072	2 459	1 817	3 207	2 291	3 593	1 697	3 248
Arbeitskosten je geleistete Stunde	39,54	57,96	45,54	39,03	58,94	45,94	41,00	48,82	42,48
in % der Arbeitskosten insgesamt									
Arbeitskosten insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter Bruttolöhne und -gehälter	77,0	78,2	77,5	77,6	78,4	78,0	74,9	79,5	75,9
Entgelt für geleistete Arbeit	54,8	56,5	55,5	54,8	56,5	55,6	54,9	60,2	56,1
Personalnebenkosten insgesamt	45,2	43,5	44,5	45,2	43,5	44,4	45,1	39,8	43,9
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	22,0	16,8	19,8	21,6	16,7	19,4	23,5	18,5	22,4
Sonderzahlungen	7,8	9,1	8,3	8,0	9,2	8,5	7,2	7,9	7,4
Vergütung arbeitsfreier Tage	14,4	12,6	13,7	14,8	12,7	13,9	12,8	11,4	12,5
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	19,6	18,6	19,2	19,5	18,3	19,0	19,7	18,4	19,5
darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	15,7	12,5	14,4	15,4	12,4	14,1	16,8	14,0	16,2
sonstige Personalnebenkosten	3,4	3,2	3,3	2,9	3,3	3,1	5,4	2,0	4,6

Arbeitskosten der vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich 1992

Berichtsmerkmal	Großhandel	Einzelhandel	Kreditgewerbe	Versicherungs- gewerbe	Erbringung von Dienst- leistungen für Unternehmen
DM					
Arbeitskosten insgesamt	61 161	52 014	80 860	76 680	72 761
darunter Bruttolöhne und -gehälter	49 628	42 643	59 391	63 027	56 248
Entgelt für geleistete Arbeit	37 768	32 331	40 922	41 915	40 363
Personalnebenkosten insgesamt	23 393	19 683	39 938	34 765	32 398
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	11 948	10 386	14 129	13 384	12 535
Sonderzahlungen	3 657	3 357	8 809	9 440	6 621
Vergütung arbeitsfreier Tage	8 204	6 955	9 660	11 672	9 264
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	10 081	7 911	16 189	10 378	14 120
darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge					
zur Sozialversicherung	8 774	7 611	10 494	9 033	8 806
sonstige Personalnebenkosten	1 451	1 460	5 280	3 275	2 394
Arbeitskosten je geleistete Stunde	34,53	31,20	49,46	48,02	41,97
in % der Arbeitskosten insgesamt					
Arbeitskosten insgesamt	100	100	100	100	100
darunter Bruttolöhne und -gehälter	81,1	82,0	73,4	82,2	77,3
Entgelt für geleistete Arbeit	61,8	62,2	50,6	54,7	55,5
Personalnebenkosten insgesamt	38,2	37,8	49,4	45,3	44,5
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	19,5	20,0	17,5	17,5	17,2
Sonderzahlungen	6,0	6,5	10,9	12,3	9,1
Vergütung arbeitsfreier Tage	13,4	13,4	11,9	15,2	12,7
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	16,5	15,2	20,0	13,5	19,4
darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge					
zur Sozialversicherung	14,3	14,6	13,0	11,8	12,1
sonstige Personalnebenkosten	2,4	2,8	6,5	4,3	3,3

geleistete Arbeit und 44,5% (32 900 DM) auf die gesamten Personalnebenkosten. Der Anteil der gesetzlichen Personalnebenkosten belief sich mit 14 700 DM auf 19,8% der Arbeitskosten und entspricht damit 44,6% der gesamten Personalnebenkosten.

Die Arbeitnehmer erhielten durchschnittlich 57 300 DM als Lohn oder Gehalt, was 77,5% der gesamten Arbeitskosten ausmacht. Darin enthalten sind Sonderzahlungen von 6 200 DM (8,3% der Arbeitskosten) sowie die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 10 100 DM (13,7%). Die restlichen Arbeitskosten entfallen auf die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (14 200 DM bzw. 19,2%) und die sonstigen Personalnebenkosten (2 500 DM bzw. 3,3%).

In der Ergebnisübersicht fallen die gravierenden Abweichungen zwischen Arbeitern und Angestellten auf. Die Arbeitskosten für Angestellte liegen mit 95 700 DM um 50% über denen der Arbeiter (63 700 DM). Bei den Angestellten entfällt, neben den absolut höheren DM-Beträgen in den einzelnen Kostenarten, vor allem auf die Positionen Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen sowie auf den Verdienst ein größerer Anteil als bei den Arbeitern. Die Arbeitskosten je geleistete Stunde beliefen sich auf 45,54 DM je Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber mußten dabei Arbeitskosten in Höhe von 57,96 DM je Angestellten und 39,54 DM je Arbeiter aufbringen.

Ein Vergleich der Bereiche verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, die an der Zahl der Beschäftigten

gemessen die bedeutendsten Unterabschnitte des produzierenden Gewerbes darstellen, zeigt auch hier eine heterogene Struktur. Während die Ergebnisse des verarbeitenden Gewerbes annähernd denen des produzierenden Gewerbes entsprechen, zeigen sich im Baugewerbe erhebliche Unterschiede. Die gesamten Arbeitskosten liegen im verarbeitenden Gewerbe mit 74 300 DM je Arbeitnehmer deutlich über denen des Baugewerbes (70 100 DM). Da der Verdienstabstand mit 4 700 DM noch etwas größer ausfällt, liegt der Anteil der Löhne und Gehälter im verarbeitenden Gewerbe mit 78% über dem Ergebnis des produzierenden Gewerbes, während er sich im Baugewerbe lediglich auf 75,9% beläuft.

Bei den Arbeitskosten je geleistete Stunde zeigt sich ein ähnliches Bild. 45,94 DM im verarbeitenden Gewerbe standen 42,48 DM im Baugewerbe gegenüber. Besonders auffällig sind die niedrigen Arbeitskosten der Angestellten im Baugewerbe (sowohl absolut als auch je geleisteter Stunde). Die Arbeitskosten der Arbeiter lagen dagegen über dem Durchschnitt des produzierenden Gewerbes. Diese Tatsache führt dazu, daß die gesamten Arbeitskosten der Angestellten nur um ein Viertel über denen der Arbeiter lagen.

Arbeitskosten im Kreditgewerbe bei 80 900 DM, im Einzelhandel bei 52 000 DM je Arbeitnehmer

Die Übersicht der einbezogenen Dienstleistungsbe-
reiche verdeutlicht einmal mehr die aus früheren

Arbeitskostenerhebungen bekannten branchenspezifischen Unterschiede.

Die höchsten Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer entstanden mit 80 900 DM im Kreditgewerbe. Sie lagen damit noch über denen des Versicherungsgewerbes (76 700 DM), obwohl dort deutlich höhere Löhne und Gehälter (63 000 DM gegenüber 59 400 DM im Kreditgewerbe) erzielt wurden. Ursache hierfür ist der hohe Anteil der Personalnebenkosten, der im Kreditgewerbe (49,4%) schon fast die Hälfte der gesamten Arbeitskosten ausmacht. Die Höhe der Personalnebenkosten im Kreditgewerbe geht in erster Linie auf die Positionen fest vereinbarte Sonderzahlungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung zurück. Die Arbeitskosten des erstmals einbezogenen Bereichs Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen bewegten sich mit 72 800 DM unter denen des Kredit- und Versicherungsgewerbes, aber deutlich über denen des Großhandels (61 200 DM) und des Einzelhandels (52 000 DM). Bei den Personalnebenkosten, deren Gewicht annähernd dem des Versicherungsgewerbes entspricht, fällt auf, daß die Position Aufwendung für Vorsorgeeinrichtun-

gen (19,4% der Arbeitskosten) und hier besonders die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (7,3%) für diesen hohen Anteil verantwortlich sind, während die Sonderzahlungen nicht die Bedeutung wie im Kredit- und Versicherungsgewerbe erlangen.

Eine völlig andere Struktur der Arbeitskosten zeigt sich im Bereich des Handels. Sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel liegt der Anteil der Löhne und Gehälter an den gesamten Arbeitskosten über 80%. Die Personalnebenkosten machen dagegen nur etwa 38% der Arbeitskosten aus. Ursachen hierfür sind insbesondere die niedrigen Sonderzahlungen und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Aber auch die übrigen, über die gesetzlichen Personalnebenkosten hinausgehenden Positionen, liegen sowohl absolut, als auch in ihrem Anteil an den Arbeitskosten unter denen der anderen Dienstleistungsbereiche.

Die Höhe der Arbeitskosten je geleistete Stunde verdeutlicht ebenfalls die starken Unterschiede in den einzelnen Dienstleistungsbereichen. Die Spannweite reicht hier von 49,46 DM im Kreditgewerbe bis zu 31,20 DM im Einzelhandel.

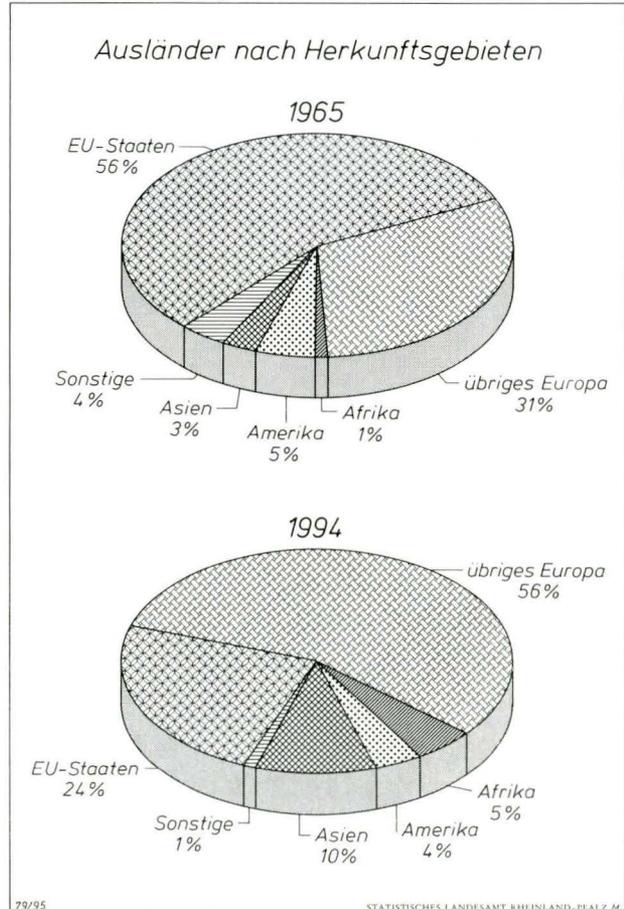
Diplom - Volkswirt Thomas Kirschey

In Rheinland-Pfalz lebende Ausländer 1994

Die Bevölkerungsfortschreibung der amtlichen Statistik, die auf der Basis der letzten Volkszählung anhand von Geburten, Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen die aktuellen Bevölkerungsdaten ermittelt, unterscheidet zwar zwischen deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung, gibt aber keine Aufgliederung des ausländischen Bevölkerungsteils nach einzelnen Staatsangehörigkeiten. Diese Angaben können nur aus dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister gewonnen werden. Die Ergebnisse werden dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern einmal jährlich mit Stichtag 31. Dezember übermittelt. Aus dem Ausländerzentralregister liegen jetzt die Daten zum Jahresende 1994 vor, während die statistische Bevölkerungsfortschreibung erst bis zum Zeitpunkt Ende September erfolgen konnte.

Anteil der Ausländer aus der EU auf weniger als ein Viertel gesunken

Nach den Ergebnissen des Ausländerzentralregisters lebten Ende 1994 in Rheinland-Pfalz rund 282 300 Ausländer und Staatenlose. Das waren gut 6 800 Personen oder 2,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Der langfristige Vergleich macht die wachsende Bedeutung dieses Bevölkerungsteils deutlich. So lebten 1960 rund 31 200 Nichtdeutsche im Lande. Im Jahre 1970 war deren Zahl auf 101 100 gestiegen, zehn Jahre später lag sie bei rund 162 800. Ende des Jahres 1990 war mit einer Ausländerzahl von fast 205 500 die 200 000-Marke überschritten. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz lag im Jahre 1994 bei 7,1 % und 1960 bei 0,9 %.



Ausländer 1960 – 1994 nach ausgewählten Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiet	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1993	1994
Anzahl									
Europa	26 749	59 143	90 019	133 879	142 131	136 634	167 147	220 138	227 119
EU-Staaten	12 658	38 455	49 300	62 347	59 229	55 960	59 660	66 110	67 987
Belgien	360	505	634	855	917	1 019	1 111	1 229	1 292
Dänemark	152	163	151	204	239	260	332	408	416
Frankreich	3 101	4 142	5 652	7 125	7 155	7 594	8 294	8 866	8 930
Griechenland	446	4 993	7 382	8 288	6 525	6 573	7 438	8 668	8 859
Großbritannien und Nordirland	363	606	1 021	1 846	2 490	2 898	3 338	4 135	4 361
Irland	.	.	.	100	120	198	310	389	424
Italien	5 419	18 119	21 600	26 667	27 554	24 893	25 847	27 299	28 060
Luxemburg	761	707	842	1 011	1 003	1 099	1 249	1 379	1 394
Niederlande	1 520	2 035	2 355	3 009	3 150	3 395	3 764	4 098	4 124
Portugal	39	456	1 969	5 153	4 702	3 370	3 871	5 416	5 885
Spanien	497	6 729	7 694	8 089	5 374	4 661	4 106	4 223	4 242
übriges Europa	14 091	20 688	40 719	71 532	82 902	80 674	107 487	154 028	159 132
Staaten des ehem. Jugoslawien	1 150	3 219	13 805	19 848	17 099	16 619	19 311	46 860	50 711
Österreich	2 502	3 361	4 026	5 006	4 870	4 969	5 327	5 465	5 456
Polen	5 613	4 824	3 878	3 924	3 691	4 949	13 114	10 659	11 133
Türkei	150	4 704	14 163	37 205	51 926	48 710	59 932	70 687	72 941
Afrika	266	818	1 473	2 608	3 515	4 679	7 731	14 168	13 082
Marokko	13	170	243	732	927	1 301	2 045	2 707	2 719
Tunesien	9	28	467	939	1 219	1 183	1 338	1 453	1 383
Amerika	1 539	3 187	4 703	7 155	7 222	8 261	9 511	11 525	11 471
Vereinigte Staaten	1 325	2 605	3 697	5 786	5 671	6 489	7 127	8 460	8 355
Asien	742	1 732	2 643	4 687	8 223	10 323	18 988	27 385	28 429
Iran	247	413	633	1 050	1 554	1 883	3 733	4 016	4 119
Vietnam	.	.	.	49	894	1 382	2 248	5 510	5 616
Australien /Ozeanien	19	103	178	270	223	202	249	304	306
Staatenlos /Ungeklärt / ohne Angabe	1 918	1 759	2 084	1 578	1 534	1 612	1 832	1 988	1 940
Insgesamt	31 233	66 742	101 100	150 177	162 848	161 711	205 458	275 508	282 347
Anteil an insgesamt in %									
Europa	85,6	88,6	89,0	89,1	87,3	84,5	81,4	79,9	80,4
EU-Staaten	40,5	57,6	48,8	41,5	36,4	34,6	29,0	24,0	24,1
Belgien	1,2	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,5
Dänemark	0,5	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Frankreich	9,9	6,2	5,6	4,7	4,4	4,7	4,0	3,2	3,2
Griechenland	1,4	7,5	7,3	5,5	4,0	4,1	3,6	3,1	3,1
Großbritannien und Nordirland	1,2	0,9	1,0	1,2	1,5	1,8	1,6	1,5	1,5
Irland	.	.	.	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2
Italien	17,4	27,1	21,4	17,8	16,9	15,4	12,6	9,9	9,9
Luxemburg	2,4	1,1	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6	0,5	0,5
Niederlande	4,9	3,0	2,3	2,0	1,9	2,1	1,8	1,5	1,5
Portugal	0,1	0,7	1,9	3,4	2,9	2,1	1,9	2,0	2,1
Spanien	1,6	10,1	7,6	5,4	3,3	2,9	2,0	1,5	1,5
übriges Europa	45,1	31,0	40,3	47,6	50,9	49,9	52,3	55,9	56,4
Staaten des ehem. Jugoslawien	3,7	4,8	13,7	13,2	10,5	10,3	9,4	17,0	18,0
Österreich	8,0	5,0	4,0	3,3	3,0	3,1	2,6	2,0	1,9
Polen	18,0	7,2	3,8	2,6	2,3	3,1	6,4	3,9	3,9
Türkei	0,5	7,0	14,0	24,8	31,9	30,1	29,2	25,7	25,8
Afrika	0,9	1,2	1,5	1,7	2,2	2,9	3,8	5,1	4,6
Marokko	0,0	0,3	0,2	0,5	0,6	0,8	1,0	1,0	1,0
Tunesien	0,0	0,0	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,5	0,5
Amerika	4,9	4,8	4,7	4,8	4,4	5,1	4,6	4,2	4,1
Vereinigte Staaten	4,2	3,9	3,7	3,9	3,5	4,0	3,5	3,1	3,0
Asien	2,4	2,6	2,6	3,1	5,0	6,4	9,2	9,9	10,1
Iran	0,8	0,6	0,6	0,7	1,0	1,2	1,8	1,5	1,5
Vietnam	.	.	.	0,0	0,5	0,9	1,1	2,0	2,0
Australien /Ozeanien	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Staatenlos /Ungeklärt / ohne Angabe	6,1	2,6	2,1	1,1	0,9	1,0	0,9	0,7	0,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Mit dem Anstieg ging auch eine Verschiebung der Herkunftsgebiete einher. Waren in den sechziger und teilweise auch in den siebziger Jahren die Zuwachsraten noch überwiegend durch den Zustrom von Arbeitskräften aus den sogenannten Anwerbeländern (hauptsächlich Italien, Spanien Griechenland, Portugal, Jugoslawien und Türkei) bedingt, so kamen in den vergangenen Jahren zunehmend Menschen aus afrikanischen und asiatischen Ländern sowie Staaten Osteuropas nach Rheinland-Pfalz. Im Jahre 1965 stellten die Länder der heutigen Europäischen Union (Stand 1994: 12 Mitgliedstaaten) fast 58 % aller Ausländer in Rheinland-Pfalz. Im Jahre 1980 lag ihr Anteil bei 36,4 %, Ende 1994 kamen nur noch 24,1 % aller Nichtdeutschen aus einem EU-Land. Der Anteil der übrigen europäischen Staaten betrug im Berichtsjahr 56,4 %, vor rund 30 Jahren lag er mit 31 % wesentlich niedriger. Damals kamen aus afrikanischen Staaten 1,2 % und aus asiatischen 2,6 % aller in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer. Heute sind es 4,6 bzw. 10,1 % der nichtdeutschen Bevölkerung. Der Anteil der Menschen aus Ländern des amerikanischen Kontinents ist in diesem Zeitraum von 4,8 auf 4,1 % zurückgegangen.

Jeder vierte Ausländer kommt aus der Türkei

Am Jahresende 1994 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 68 000 Bürger aus den EU-Staaten gezählt, 1960 lag deren Zahl unter 12 700 und 1980 betrug sie gut 59 200. Mit nicht ganz 28 100 stellte im Berichtsjahr Italien das weitaus größte Kontingent (41,3 % aller EU-Bürger). Auch in früheren Jahren kamen die meisten der Staatsangehörigen von Ländern der Europäischen Union aus Italien. Der Anteil dieser Nationalität lag 1960 bei 42,8 % und 1980 bei 46,5 %. An zweiter Stelle unter den EU-Ländern lag 1994 Frankreich mit gut 8 900 Staatsangehörigen, dicht gefolgt von Griechenland mit nicht ganz 8 900. Die Anteile der beiden Nationalitäten beliefen sich auf 13,1 bzw. 13 %. Während die Zahl französischer Staatsbürger kontinuierlich zugenommen hat, ging die der Griechen nach einem Anstieg in den sechziger und siebziger Jahren in den achtziger Jahren vorübergehend zurück. Seit 1990 steigt die Zahl der Griechen wieder deutlich. Die früheren Gastarbeiternationen Portugal und Spanien wiesen eine ähnliche Entwicklung auf wie die Bürger aus Griechenland, wobei für Spanier allerdings in den letzten drei Jahren keine wesentlichen Zunahmen zu verzeichnen waren. Ende 1994 lebten knapp 5 900 portugiesische und gut 4 200 spanische Staatsbürger in unserem Land. Eine stetige Aufwärtsentwicklung zeigen die Zahlen der Staatsangehörigen aus den Benelux-Staaten, aber auch aus Dänemark, Großbritannien und Nordirland sowie Irland. Die Zahl der Bürger aus den Benelux-Staaten hat sich in den letzten 30 Jahren mit nunmehr über 8 600 mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der aus Großbritannien und Nordirland kommenden Bürger von rund 600 auf fast 4 400.

Die nicht zur EU des Jahres 1994 gehörenden Staaten Europas stellten am Jahresende 1994 über 159 100 Bewohner von Rheinland-Pfalz. Im Jahre 1960 waren es knapp 14 100 und 1970 rund 40 700. Das Ergebnis des Jahres 1980 zeigte bereits eine Verdopp-

lung auf 82 900, 1990 zählte diese Staatengruppe fast 107 500 Menschen. Hauptgrund hierfür war der starke Zustrom (+ 162,6 %) von Menschen aus den Bürgerkriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien. Lebten 1990 gerade 19 300 jugoslawische Staatsbürger hier, so waren es Ende 1994 rund 50 700 Personen, die ihre Heimat in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien hatten. Die stärkste Gruppe der europäischen Ausländer aus Nicht-EU-Staaten waren im Berichtsjahr weiterhin türkische Staatsangehörige mit einem Anteil von 45,8 %. Ihre Zahl lag 1994 mit über 72 900 um 21,7 % höher als vier Jahre zuvor. Vor 30 Jahren (1965), als die Anwerbung von Arbeitskräften in diesem Land erst begonnen hatte, lebten gerade 4 700 Menschen aus der Türkei in Rheinland-Pfalz. Der Anstieg der letzten Jahre ist in erster Linie auf die Zusammenführung von Familien durch den Nachzug von Frauen und Kindern zurückzuführen.

US-Amerikaner waren 1994 größte außereuropäische Ausländergruppe

Die Zuwachsrate der Ausländerzahlen von über 37 % seit 1990 wurde von den Zugängen aus afrikanischen und asiatischen Herkunftsgebieten deutlich übertroffen. Die Zahl der Afrikaner ist seit 1990 um 69,2 % auf fast 13 100 im Jahre 1994 angewachsen, die der Bürger asiatischer Staatsangehörigkeit hat im gleichen Zeitraum um fast die Hälfte auf gut 28 400 zugenommen. Die 1994 am stärksten vertretenen Nationalitäten Afrikas waren Marokkaner mit über 2 700, Algerier mit 2 100 und Tunesier mit nicht ganz 1 400 Personen. Während die Zahl der aus Marokko und Tunesien stammenden Menschen seit 1990 mit 33 bzw. 3,4 % unterdurchschnittlich gestiegen ist, hat sich die Anzahl der algerischen Staatsbürger in dieser Zeitspanne mehr als verdreifacht. Sehr große Steigerungsraten wiesen in den vergangenen vier Jahren auch die aus Nigeria, Zaire und Togo stammenden Ausländer auf.

Von den Ausländern aus dem asiatischen Raum standen Ende 1994 die Vietnamesen mit über 5 600 Personen an erster Stelle. Ihre Zahl lag damit um rund 150 % höher als im Jahre 1990. Zahlenmäßig auf dem zweiten Platz standen im Berichtsjahr iranische Staatsangehörige mit gut 4 100 Personen. Die Zunahme gegenüber 1990 fiel mit rund 10 % gering aus. Auch bei den Menschen mit libanesischer Staatsangehörigkeit war im genannten Zeitraum nur ein relativ geringer Anstieg (14,1 %) zu beobachten. Verhältnismäßig starke Zuwachsraten in den letzten vier Jahren hatten Bürger aus Afghanistan (87,6 %), aus der Volksrepublik China (77,2 %), aus Thailand (63,2 %) und Sri Lanka mit 59,3 %. In absoluten Größen gemessen lagen diese vier Nationalitäten Ende 1994 etwa zwischen 1 200 und 1 600 Personen und hatten damit zahlenmäßig nur untergeordnete Bedeutung.

Von den knapp 11 500 Bürgern amerikanischer Staaten, die am Jahresende 1994 in Rheinland-Pfalz gezählt wurden, waren annähernd drei Viertel (72,8 %) Bürger der Vereinigten Staaten. Im Vergleich mit 1990 hat deren Zahl um 17,2 % zugenommen, während die Zahl der Ausländer aller amerikanischen Nationalitäten um insgesamt 20,6 % gestiegen ist. Auf den folgenden

Ausländer am 31. Dezember 1994 nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Davon Aufenthaltsdauer von ... Jahren						
		unter1	1 - 4	4 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr
	Anzahl	%						
Europa	227 119	7,1	25,0	8,7	9,5	9,3	10,9	29,5
EU-Staaten	67 987	5,6	13,0	7,3	9,9	10,1	11,0	43,1
Belgien	1 292	8,0	13,9	8,4	12,8	12,5	10,7	33,7
Dänemark	416	10,1	23,6	8,7	9,1	7,9	7,9	32,7
Frankreich	8 930	5,5	14,4	7,8	11,8	12,5	11,0	37,1
Griechenland	8 859	4,4	14,6	9,9	10,0	7,8	8,2	45,2
Großbritannien und Nordirland	4 361	10,9	20,9	10,2	13,0	13,4	12,4	19,1
Irland	424	17,0	27,4	11,3	16,7	11,3	6,8	9,4
Italien	28 060	3,9	8,7	6,1	9,9	11,2	13,2	46,9
Luxemburg	1 394	5,5	18,9	10,5	12,8	9,2	6,9	36,3
Niederlande	4 124	5,3	12,6	7,2	10,7	10,3	7,9	46,0
Portugal	5 885	11,2	23,1	7,6	6,0	5,1	10,4	36,5
Spanien	4 242	4,1	8,2	3,7	4,7	6,0	7,5	65,9
übriges Europa	159 132	7,8	30,2	9,3	9,3	8,9	10,8	23,6
Staaten des ehem. Jugoslawien	50 711	11,3	49,9	4,9	4,1	3,9	5,2	20,7
Österreich	5 456	2,1	6,4	5,6	8,5	9,5	9,0	58,8
Polen	11 133	10,9	25,6	21,7	21,0	8,9	1,6	10,4
Türkei	72 941	3,5	14,0	9,7	12,3	13,7	18,5	28,3
Afrika	13 082	8,1	40,8	17,3	11,2	8,6	5,1	8,8
Marokko	2 719	5,4	22,0	13,5	18,7	13,7	9,5	17,1
Tunesien	1 383	3,3	16,3	8,2	11,4	15,8	14,7	30,2
Amerika	11 471	7,0	23,2	11,7	16,2	12,2	8,4	21,3
Vereinigte Staaten	8 355	6,1	21,6	10,5	16,8	12,5	9,1	23,3
Asien	28 429	8,4	32,4	20,2	21,0	8,8	5,4	3,8
Iran	4 119	5,3	10,9	14,1	45,4	9,2	6,8	8,3
Vietnam	5 616	3,7	54,9	21,1	4,8	9,0	6,3	0,2
Australien /Ozeanien	306	11,1	21,2	10,8	7,8	7,5	4,9	36,6
Staatenlos /Ungeklärt / ohne Angabe	1 940	4,2	13,0	14,1	21,9	9,3	8,0	29,5
Insgesamt	282 347	7,3	26,3	10,4	11,1	9,3	9,9	25,6

Plätzen standen im Berichtsjahr mit nicht ganz 1 000 Menschen brasilianische und (knapp 500) kanadische Staatsbürger. Die Zahl der Bürger anderer Staaten des amerikanischen Kontinents lag dagegen durchweg deutlich niedriger. Zahlenmäßig praktisch ohne Bedeutung waren 1994, wie auch in früheren Jahren, aus dem Fünften Kontinent stammende Einwohner des Landes.

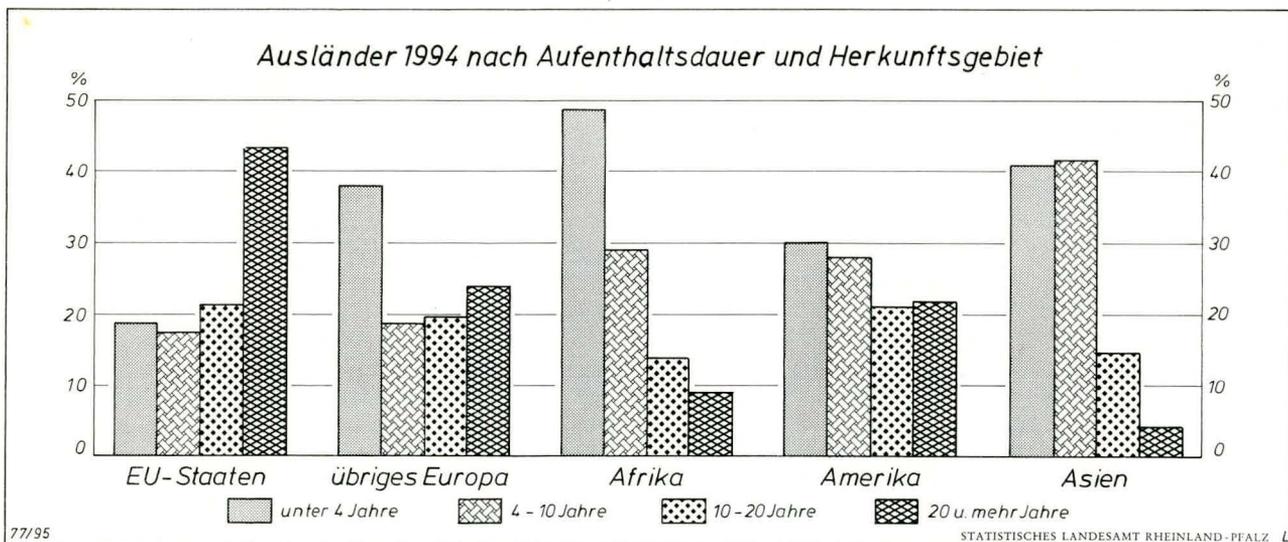
Fast zwei Drittel der Spanier in Rheinland - Pfalz leben seit über zwei Jahrzehnten in Deutschland

Von den rund 282 300 am Jahresende 1994 in Rheinland - Pfalz gezählten Ausländern lebte gut ein Viertel seit mehr als 20 Jahren in der Bundesrepublik, fast jeder Zwanzigste sogar seit mehr als 30 Jahren. Gut 7 % sind erst im abgelaufenen Jahr eingereist oder wurden im Berichtsjahr hier geboren. Betrachtet man die letzten vier Jahre zusammen, dann ist ein Drittel der im Lande lebenden ausländischen Mitbürger in diesem Zeitraum ins Bundesgebiet gekommen oder hier geboren worden.

Die Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet ist von Nationalität zu Nationalität sehr unterschiedlich. So lebten Ende 1994 von den im Berichtsjahr zur EU zählenden Ausländern 43,1 % seit über 20 Jahren in Deutschland, nur 18,6 % hatten eine Aufenthaltsdauer von weniger als vier Jahren. Innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe gab es allerdings deutliche Unterschiede. Während sich

fast zwei Drittel der in Rheinland - Pfalz 1994 gezählten Spanier bereits mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland aufhielten, war es von den Bürgern aus Irland nur etwa jeder Zehnte, von den aus Großbritannien und Nordirland stammenden Menschen knapp jeder Fünfte. Dafür kamen 44,4 bzw. 31,8 % der Menschen dieser Länder erst in den zurückliegenden vier Jahren in die Bundesrepublik. Auch die aus den früheren Anwerbeländern Italien und Griechenland stammenden Bürger des Landes lebten fast zur Hälfte (46,9 und 45,2 %) mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland oder wurden in diesem Zeitraum hier geboren. Von den europäischen Ausländern der Nicht-EU-Staaten hielten sich 23,6 % Ende 1994 seit mehr als 20 Jahren im Bundesgebiet auf. Bei österreichischen Staatsbürgern betrug dieser Anteil 58,8 %, bei türkischen 28,3 %. Von den Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien hatten nur 20,7 % eine derartig lange Aufenthaltsdauer aufzuweisen, während 61,2 % erst in den letzten vier Jahren nach Deutschland gekommen sind.

Die aus afrikanischen Staaten stammenden Ausländer lebten Ende 1994 zu zwei Dritteln erst seit sechs Jahren, knapp zur Hälfte erst seit vier Jahren im Bundesgebiet. Mehr als 20 Jahre hielten sich nur 8,8 % der aus Afrika zu uns gekommenen Bürger hier auf. Dabei handelt es sich überwiegend um Menschen aus Ländern wie Tunesien und Marokko. Hier lagen die Anteile der seit langem in Deutschland wohnenden Bürger mit 30,2 bzw. 17,1 % deutlich über dem Durchschnitt. Von



den Personen asiatischer Herkunft kamen 61 % in den letzten sechs Jahren nach Deutschland, nur 3,8 % lebten seit mehr als 20 Jahren im Bundesgebiet oder wurden hier geboren. Eine besondere Rolle spielten hier die vietnamesischen Staatsbürger, von denen fast 80 % erst in den vergangenen sechs Jahren, 58,6 % sogar erst in den letzten vier Jahren nach Deutschland gekommen sind. Ausländer aus Staaten des amerikanischen Kontinents hielten sich zu 21,3 % seit mehr als zwei Jahrzehnten hier auf, bei US-Amerikanern belief sich dieser Anteil auf 23,3 %.

Frauenanteil im Vergleich mit früheren Jahren gestiegen

Von den Ende 1994 gezählten gut 282 300 Ausländern waren fast 159 600 Männer und rund 122 800

Frauen. Damit wies diese Bevölkerungsgruppe, im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung, einen deutlichen Männerüberschuß auf. Gegenüber 1980 hat dieser, in absoluten Zahlen ausgedrückt, von rund 31 000 im Jahre 1980 auf fast 36 800 Ende 1994 zugenommen. Der Anteil der Männer an der Gesamtzahl reduzierte sich allerdings in diesem Zeitraum von 59,5 % auf jetzt 56,5 %, da die Zahl der Männer gegenüber 1980 nur um 64,6 %, die der Frauen aber um 86,3 % zugenommen hat.

Auch in der Altersgliederung ist in diesem Zeitraum eine Verschiebung eingetreten. Waren 1980 noch 27,5 % aller ausländischen Bürger jünger als 18 Jahre, so ist dieser Anteil im Berichtsjahr auf 23,9 % gesunken. Gleichzeitig hat sich die Zahl der im Rentenalter stehenden Menschen erhöht. Der Rentenanteil an der Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung ist mit nun-

Ausländer 1980 und 1994 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	1980			1994		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Anzahl						
unter 6	14 674	7 993	6 681	24 265	13 206	11 059
6 - 10	10 866	5 888	4 978	14 920	7 845	7 075
10 - 15	12 141	6 410	5 731	17 201	9 233	7 968
15 - 18	7 042	4 006	3 036	11 011	5 962	5 049
18 - 21	7 976	4 598	3 378	14 241	7 527	6 714
21 - 35	53 926	30 824	23 102	95 300	54 547	40 753
35 - 45	30 065	20 247	9 818	46 060	25 894	20 166
45 - 60	19 701	13 400	6 301	43 540	26 153	17 387
60 - 65	2 166	1 389	777	6 441	4 121	2 320
65 und mehr	4 291	2 185	2 106	9 368	5 074	4 294
Insgesamt	162 848	96 940	65 908	282 347	159 562	122 785
Anteil der jeweiligen Altersgruppe an insgesamt in %						
unter 6	9,0	8,2	10,1	8,6	8,3	9,0
6 - 10	6,7	6,1	7,6	5,3	4,9	5,8
10 - 15	7,5	6,6	8,7	6,1	5,8	6,5
15 - 18	4,3	4,1	4,6	3,9	3,7	4,1
18 - 21	4,9	4,7	5,1	5,0	4,7	5,5
21 - 35	33,1	31,8	35,1	33,8	34,2	33,2
35 - 45	18,5	20,9	14,9	16,3	16,2	16,4
45 - 60	12,1	13,8	9,6	15,4	16,4	14,2
60 - 65	1,3	1,4	1,2	2,3	2,6	1,9
65 und mehr	2,6	2,3	3,2	3,3	3,2	3,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

mehr 3,3 % allerdings äußerst niedrig. Der Anteil aller im Rentenalter stehenden Personen an der Gesamtbevölkerung beträgt 16 %. Eine überdurchschnittliche Wachstumsrate wies zwischen 1980 und 1994 die Gruppe der Ausländer im Alter von 45 bis 60 Jahren auf. Ihre Zahl erhöhte sich um 121 % auf jetzt über 43 500 Menschen. Hierbei verlief die Entwicklung bei Männern und Frauen deutlich unterschiedlich. Während sich die Anzahl der männlichen Ausländer dieser Altersgruppe etwa verdoppelt hat, ist bei den gleichaltrigen Frauen mehr als eine Verdreifachung zu beobachten gewesen. Der Anteil dieser Altersgruppe hat sich bei den Frauen dadurch von 9,6 auf 14,2 % erhöht, bei den Männern ist er nur von 13,8 auf 16,4 % angestiegen. Gut ein Drittel aller ausländischen Mitbürger war sowohl 1980 als auch im Berichtsjahr 1994 zwischen 21 und 35 Jahre alt. Eine Unterscheidung nach dem Geschlecht zeigte in beiden Jahren nur geringe Abweichungen von diesem Anteilswert. Die Gesamtzahl der Ausländer im Alter von 35 bis 45 Jahren ist im Untersuchungszeitraum 1980/94 um 53,2 % angestiegen. Stark abweichend verlief hier die Entwicklung bei Männern und Frauen. Die Zunahme der Zahl männlicher Ausländer dieser Altersgruppe lag mit 27,9 % weit unter der Zuwachsrate bei den Frauen gleichen Alters. Deren Zahl hat sich seit 1980 mehr als verdoppelt und belief sich Ende 1994 auf fast 20 200. Trotzdem blieb der Männerüberschuß in dieser Altersgruppe bestehen, nahm aber von gut 10 400 im Jahre 1980 auf nunmehr rund 5 700 Personen ab. Auch in allen anderen Altersgruppen wurde 1994, wie bereits in früheren Jahren, ein Männerüberschuß registriert. Selbst bei den über 60jährigen, bei denen in der Gesamtbevölkerung (Ergebnis von 1993) auf 100 Männer 154 Frauen kamen, waren bei der ausländischen Bevölkerung die Männer in der Überzahl. Hier standen im aktuellen Jahr 100 Männern nur 72 Frauen gegenüber.

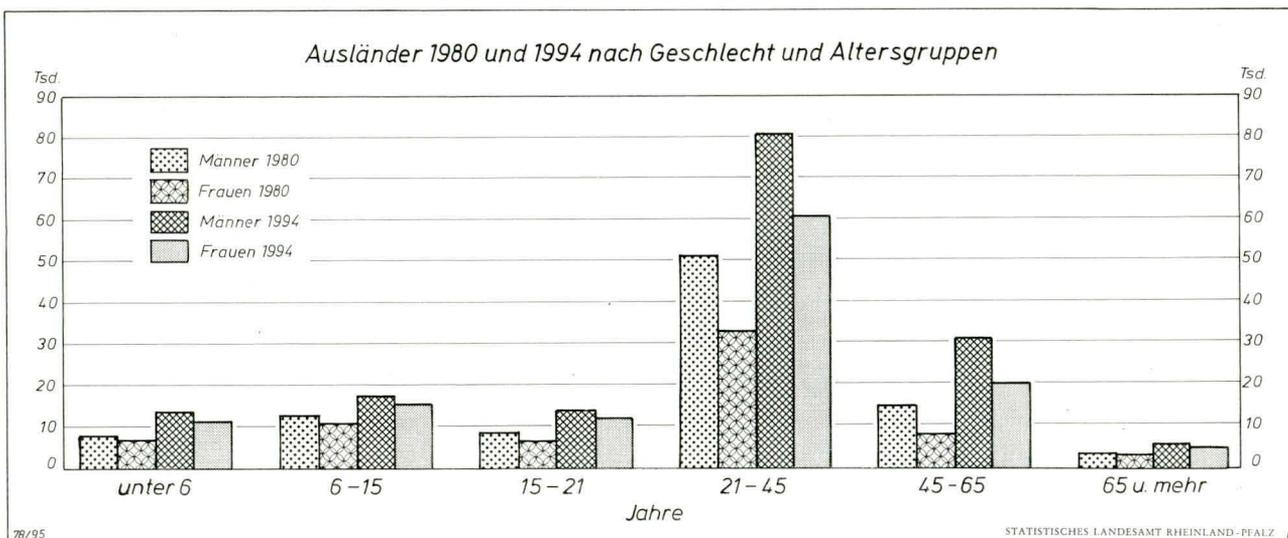
Mehr ausländische Frauen und Männer ledig als in der Gesamtbevölkerung

Ein Vergleich der Ausländerzahlen 1994 nach den Ergebnissen des Ausländerzentralregisters, unterglie-

dert nach Geschlecht und Familienstand, mit den Daten der Gesamtbevölkerung aus der Fortschreibung 1993 zeigt deutliche Strukturabweichungen zwischen den beiden Gruppen, die nicht auf die unterschiedlichen Stichtage zurückzuführen sind.

In der Gesamtbevölkerung 1993 waren 42 % der Männer ledig, 51,3 % verheiratet und 6,6 % verwitwet oder geschieden. Bei den ausländischen Männern zählten 1994 dagegen 57,7 % zu den Ledigen, nur 38,2 % waren verheiratet. Mit 4,1 % deutlich niedriger als bei der männlichen Gesamtbevölkerung war auch der Anteil der Verwitweten bzw. Geschiedenen. Auch bei den Frauen gab es wesentliche Unterschiede zwischen weiblicher Gesamtbevölkerung und Ausländerinnen hinsichtlich des Familienstandes. Nur 33,2 % aller Frauen, aber 43,5 % der Ausländerinnen gehörten zu den Ledigen. Den Familienstand verheiratet wiesen 48,7 % aller Frauen auf, bei den Ausländerinnen lag der Anteil mit 51,6 % etwas höher. Der größte Unterschied war bei den Verwitweten oder Geschiedenen zu beobachten. Hierzu gehörten 18,2 % aller Frauen, aber nur 4,9 % der ausländischen Frauen.

Bei dem nichtdeutschen Bevölkerungsteil handelt es sich keineswegs um eine homogene Personengruppe. Es sind deshalb auch beim Familienstand wesentliche Unterschiede zwischen einzelnen Nationalitäten festzustellen, bedingt u. a. durch Altersgliederung, Aufenthaltsdauer und Gründe für den Aufenthalt in Deutschland. Das zeigt ein beispielhafter Vergleich zwischen den Ergebnissen für alle Ausländer und für ausgewählte Staatsangehörigkeiten. Zählten 1994 bei der Gesamtheit der ausländischen Männer 57,7 % zu den Ledigen, so lagen diese Anteilswerte bei türkischen Staatsangehörigen mit 61,1 % und bei italienischen mit 65,5 % wesentlich höher, bei österreichischen Staatsbürgern mit 49,4 % dagegen deutlich unter dem Durchschnitt. Bei den Verheirateten lagen die Anteilswerte österreichischer Männer mit 43,8 % dementsprechend über dem Gesamtdurchschnitt (38,2 %), bei türkischen (37,5 %) und italienischen mit 32,2 % darunter. Erwartungsgemäß war der Anteil verwitweter oder geschiedener Männer bei Österreichern, Angehörige einer sicher



Ausländer 1994 nach Geschlecht, Familienstand und ausgewählten Staaten

Geschlecht Familienstand	Insgesamt	Darunter aus			Insgesamt	Darunter aus		
		Türkei	Italien	Österreich		Türkei	Italien	Österreich
	Anzahl				%			
Insgesamt	282 347	72 941	28 060	5 456	100	100	100	100
davon								
ledig	145 438	39 119	16 526	2 209	51,5	53,6	58,9	40,5
verheiratet	124 419	32 549	10 871	2 826	44,1	44,6	38,7	51,8
verwitwet/ geschieden	12 490	1 273	663	421	4,4	1,7	2,4	7,7
Männer	159 562	41 049	16 842	2 865	100	100	100	100
davon								
ledig	92 039	25 063	11 026	1 414	57,7	61,1	65,5	49,4
verheiratet	61 029	15 379	5 416	1 256	38,2	37,5	32,2	43,8
verwitwet/ geschieden	6 494	607	400	195	4,1	1,5	2,4	6,8
Frauen	122 785	31 892	11 218	2 591	100	100	100	100
davon								
ledig	53 399	14 056	5 500	795	43,5	44,1	49,0	30,7
verheiratet	63 390	17 170	5 455	1 570	51,6	53,8	48,6	60,6
verwitwet/ geschieden	5 996	666	263	226	4,9	2,1	2,3	8,7

gut integrierten Nationalität, mit 6,8 % höher als der Gesamtdurchschnitt aller ausländischen Männer (4,1 %). Bei italienischen (2,4 %) und türkischen (1,5 %) Männern war diese Personengruppe deutlich geringer vertreten. Bei ausländischen Frauen ergab sich bei den verschiedenen Staatsangehörigkeiten ebenfalls ein unterschiedliches Bild. Waren im Durchschnitt 43,5 % der Ausländerinnen ledig, so betrug dieser Anteilswert bei türkischen Frauen 44,1 % und bei Italienerinnen 49 %. Dagegen zählten nur 30,7 % der hier lebenden österreichischen Frauen zu den Ledigen. Mit 60,6 % verheirateten Frauen lagen Österreicherinnen, aber auch türkische Frauen (53,8 %) über dem

Gesamtdurchschnitt von 51,6 %. Bei den Italienerinnen dagegen wurde mit 48,6 % eine unterdurchschnittliche Verheiratetenquote ermittelt. Wie bei den Männern war auch bei den italienischen und türkischen Frauen der Familienstand verwitwet / geschieden mit 2,3 bzw. 2,1 % anteilmäßig geringer vertreten als im Durchschnitt aller Ausländerinnen (4,9 %). Frauen mit österreichischer Staatsangehörigkeit waren zu einem höheren Prozentsatz (8,7 %) verwitwet oder geschieden. Trotzdem lag dieser Wert noch weit unter den 18,2 % der weiblichen Gesamtbevölkerung.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Struktur des Zierpflanzenanbaus

Im ersten Halbjahr 1994 fand nach zwölf Jahren bundesweit wieder eine Gartenbauerhebung statt. Sie war Teil der Landwirtschaftszählung von 1991 und richtete sich an alle Betriebe die Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulkulturen zum Verkauf auf einer gärtnerischen Nutzfläche (GN) von 15 Ar und mehr erzeugten, wobei für den Verkaufsanbau unter Glas keine Flächenuntergrenze bestand. Betriebe, die nur für den Eigenbedarf produzierten wie Stadtgärtnereien, Krankenhäuser, Erholungsheime und ähnliche Einrichtungen und auch reine Handels- oder Verkaufsbetriebe von Gartenbauprodukten (z. B. Gartencenter) wurden nicht erfaßt.

Die Gartenbauerhebung stellt im Gegensatz zu den laufenden Anbauerhebungen (Blumen- und Zierpflanzenenerhebung, Gemüseanbauerhebung) nicht die Produktion dar. Sie soll vielmehr in erster Linie die betrieblichen Strukturen abbilden. Der detaillierte Erhebungskatalog sah Fragen zur Kennzeichnung des Betriebes, zu den Pachtverhältnissen, der Buchführung, den sozi-

alökonomischen Verhältnissen, den Betriebsflächen und deren Nutzung nach Nutzungsarten, den Arbeitskräften, der fachlichen Ausbildung, zur Vermarktung und zu den baulichen Einrichtungen vor.

Die neueren Entwicklungen im Gartenbau insgesamt wurden bereits früher in dieser Reihe vorgestellt¹⁾. Der vorliegende Beitrag befaßt sich ergänzend dazu mit dem Anbau von Blumen und Zierpflanzen. Hierzu zählt auch der Anbau von Stauden und Blumenzwiebeln sowie die Anzucht von Jungpflanzen zur Weiterkultur. Die genannten Produkte werden bundesweit nur von wenigen Betrieben angebaut. Ihr Produktionswert lag im Wirtschaftsjahr 1992/93 mit 2,7 Milliarden DM jedoch über dem von Zuckerrüben. Auch der durchschnittliche Gewinn eines im Vollerwerb wirtschaftenden Zierpflanzenbetriebes war deutlich höher als der landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe.

Mit steigenden Einkommen nahm in der Vergangenheit auch die Bedeutung des Blumen- und Zierpflanzenanbaus zu. So blieb der Anteil des Einkommens den die Haushalte für Pflanzen und Güter für die Gartenpflege ausgaben seit 1988 in etwa gleich, während derjenige für Nahrungsmittel zurückging.

1) Jörg Breitenfeld, Neuere Entwicklungen im Erwerbsgartenbau, in: Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz 4/95, S. 122-128.

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 1993 nach Anbauverhältnissen und Sparten

Betriebsart Schwerpunkt Sparten	Insgesamt		Und zwar mit Anbau von ...							
			Obst		Gemüse		Zierpflanzen		Baumschulkulturen	
	Betriebe	GN	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Betriebe insgesamt	4 915	14 812	3 219	6 110	1 692	7 495	667	300	201	870
Gartenbaubetriebe	3 095	11 448	1 792	4 239	1 197	6 027	647	283	194	867
Davon mit Schwerpunkt:										
Handel u. Dienstleistungen	171	105	11	21	26	5	141	21	42	57
Erzeugung	2 924	11 343	1 781	4 219	1 171	6 022	506	262	152	810
Davon:										
Obstbau	1 396	3 643	1 396	3 549	198	91	4	1	.	.
Gemüsebau	653	5 357	114	76	653	5 259	16	7	.	.
Zierpflanzenbau	392	287	12	9	97	40	392	223	26	13
Baumschulen	94	766	7	11	-	-	5	1	94	753
Mehrspartenbetriebe	389	1 291	252	573	223	632	89	30	25	41
Landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau	1 820	3 364	1 427	1 870	495	1 468	20	17	7	3

Zierpflanzenanbau nur in spezialisierten Betrieben

Etwa jeder achte der insgesamt 4 915 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen baute 1993 Blumen und Zierpflanzen an. Sie nutzten dafür 2 % der gesamten gärtnerischen Nutzfläche. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Blumen und Zierpflanzen ging die Zahl der Betriebe seit der Gartenbauerhebung 1981 / 82 hier mit 20 % deutlich weniger stark zurück als im gesamten Gartenbau oder gar in der Landwirtschaft insgesamt.

Kultivierung von Blumen und Zierpflanzen erfordert neben einem hohen Arbeits- und Kapitaleinsatz auch umfangreiches Spezialwissen, so daß die Erzeugung ganz überwiegend in den eigentlichen Gartenbaubetrieben erfolgt. Darunter werden Betriebe verstanden deren Betriebseinnahmen zu 50 % und mehr aus dem Anbau von Gartengewächsen stammen. Im Jahre 1993 bauten 647 Gartenbaubetriebe Blumen und Zierpflanzen an. Darunter hatten sich 392 Betriebe auf den Blumen- und Zierpflanzenbereich spezialisiert, d. h. 50 % und mehr ihrer Betriebseinnahmen entfielen auf diese Produktionssparte.

Ist schon der Gartenbau insgesamt bezogen auf die Fläche als kleinstrukturiert zu bezeichnen, so gilt dies im besonderen Maße für den Blumen- und Zierpflanzenbereich. Aufgrund der hohen Flächenintensität verfügten die 392 Zierpflanzenbetriebe 1993 nur über durch-

schnittlich 73 Ar GN. Sie wiesen damit unter den Sparten des Gartenbaus, zu denen im wesentlichen noch der Obst- und Gemüsebau sowie die Baumschulen gehören, die kleinste Durchschnittsgröße auf. 1981 wurden erst 48 Ar GN bewirtschaftet. Die Gartenbaubetriebe insgesamt wuchsen demgegenüber im selben Zeitraum um 2 ha GN auf durchschnittlich 3,7 ha.

Die geringe Durchschnittsgröße der Zierpflanzenbetriebe deutet darauf hin, daß sie sich in den unteren Betriebsgrößenklassen konzentrieren. 86 % der Betriebe verfügten über weniger als 1 ha GN. Bei den Gartenbaubetrieben entfielen nur 58 % auf diese Größenordnung. Knapp ein Drittel der Gartenbaubetriebe bewirtschaftete mehr als 2 ha GN, während bei den Zierpflanzenbetrieben die Betriebsgrößenklassen ab 2 ha GN kaum besetzt sind.

Ein Drittel der Zierpflanzenfläche unter Glas oder Kunststoff

Der Zierpflanzenanbau muß, mehr als alle anderen Sparten des Gartenbaus, ganzjährig ein ausreichendes Angebot an Schnittblumen und Topfpflanzen bereithalten. Erfolgt dies nicht, so gehen Marktanteile an ausländische Anbieter verloren. Fast alle Betriebe verfügten deshalb über Gewächshäuser und konnten so unabhängig von der Witterung produzieren. Rund ein Drittel

Gartenbaubetriebe 1981 und 1993 nach Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche

Betriebsgrößenklasse nach der gärtnerischen Nutzfläche von ... ha	Insgesamt				Darunter							
					Betriebe mit Zierpflanzenanbau				Zierpflanzenbetriebe			
	1981		1993		1981		1993		1981		1993	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 0,25	988	22,1	603	19,5	359	44,3	280	43,3	220	42,7	148	37,8
0,25 – 0,50	1 079	24,1	676	21,8	210	25,9	147	22,7	160	31,1	107	27,3
0,50 – 1,00	895	20,0	507	16,4	130	16,0	108	16,7	93	18,1	82	20,9
1,00 – 2,00	568	12,7	363	11,7	59	7,3	53	8,2	26	5,0	32	8,2
2,00 – 3,00	256	5,7	185	6,0	19	2,3	14	2,2	8	1,6	9	2,3
3,00 – 5,00	276	6,2	195	6,3	20	2,5	20	3,1	5	1,0	5	1,3
5,00 – 10,00	266	5,9	242	7,8	11	1,4	17	2,6	3	0,6	6	1,5
10,00 und mehr	143	3,2	324	10,5	3	0,0	8	1,2	-	-	3	0,8
Insgesamt	4 471	100	3 095	100	811	100	647	100	515	100	392	100

der für Blumen- und Zierpflanzenanbau genutzten Fläche befand sich in Gewächshäusern.

375 Zierpflanzenbetriebe konnten die Wachstumsfaktoren Wasser, Licht oder Temperatur mit Hilfe von Gewächshäusern den aktuellen Bedürfnissen der Pflanzen anpassen. Sie besaßen rund 82 ha Unterglasanlagen, die ganz überwiegend auch nur für den Blumen- und Zierpflanzenanbau genutzt werden. Durchschnittlich verfügte ein Zierpflanzenbetrieb über knapp 22 Ar Gewächshausfläche. 85 Betriebe bewirtschafteten Gewächshäuser in der Größenordnung von 500 bis 1 000 m². Jeweils 73 Betriebe hatten 1000 bis 1500 m² bzw. 2 000 bis 5 000 m².

Neben der Größe der Gewächshäuser kann das Alter der Anlagen Hinweise über die weitere Entwicklung der Betriebe geben. So ist zu erwarten, daß Betriebe die erst in den letzten Jahren Gewächshäuser gebaut haben auch weiterhin bestehen werden. Seit 1982 errichtete etwa die Hälfte der Zierpflanzenbetriebe Gewächshäuser mit einem Flächenumfang von 20 ha. Die neuen Gewächshäuser dürften darüber hinaus vielfach auch mit neuen und umweltfreundlichen Techniken wie etwa geschlossenen Bewässerungssystemen ausgestattet worden sein. An Bedeutung gewinnt ebenfalls die Beheizung mit Flüssiggas und leichtem Heizöl.

Daten über den Flächenumfang der angebauten Erzeugnisse sind den Ergebnissen der Gartenbauerhebung nicht zu entnehmen. Sie weisen lediglich die für den Anbau von Blumen und Zierpflanzen insgesamt genutzte Grundfläche nach. Detaillierte Angaben über den Anbau während eines Jahres stehen jedoch aus der letzten Zierpflanzenerhebung für das Jahr 1992 zur Verfügung. Auf rund drei Vierteln der Freilandflächen wurden 1992 demnach Blumen und Ziergehölze zum Schnitt gewonnen. Die vielfach für dekorative Gestecke verwendeten Trockenblumen sowie Gehölze zum Grün- oder Blütenschnitt waren wichtige Arten. Mit größerem Abstand folgten Rosen sowie Sommerblumen und Stauden (z.B. Margeriten und Asten). Die Unterglasanlagen dienten hauptsächlich der Anzucht von Stecklingen und Jungpflanzen oder für die Produktion von Pflanzware. Der Verbraucher kauft normalerweise Stiefmütterchen, Fuchsien, Begonien etc. zu Beginn der Gar-

tensaison. Damit die Ware zu diesen Zeitpunkt bereit steht, muß aufgrund unserer klimatischen Gegebenheiten die Erzeugung im Gewächshaus erfolgen.

Vorwiegend Haupterwerb

Etwa 85 % der Zierpflanzenbetriebe, deren Inhaber eine natürliche Person ist, hatten überwiegend betriebliche Einkommen. Einen ähnlich hohen Anteil wiesen nur noch die Baumschulbetriebe auf. In der Landwirtschaft insgesamt werden nur 41 % der Betriebe im Haupterwerb bewirtschaftet. Der hohe Anteil von Haupterwerbsbetrieben im Blumen- und Zierpflanzenanbau ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß über die Hälfte dieser Zierpflanzenbetriebe über einen Betriebsteil mit gartenbaulichen Handels- oder Dienstleistungen verfügte und das Einkommen dieser zum betrieblichen Einkommen zählt.

659 Vollbeschäftigteneinheiten je 100 ha gärtnerische Nutzfläche

Rund 19 700 Arbeitskräfte arbeiteten 1993 im Gartenbau insgesamt. Nicht einbezogen wurden Floristen und Floristinnen, Verkäufer und Verkäuferinnen in angeschlossenen Betriebsteilen mit Handels- und Dienstleistungen. 2 600 Personen waren in den eigentlichen Zierpflanzenbetrieben beschäftigt, von denen 40 % zur Gruppe der Familienarbeitskräfte gehörten. Der hohe Arbeitsbedarf des Blumen- und Zierpflanzenanbaus ist eine der Ursachen für den hohen Anteil an familienfremden Arbeitskräften.

56 % der Arbeitskräfte in den Zierpflanzenbetrieben waren vollbeschäftigt, während es bei den Gartenbaubetrieben insgesamt nur 24 % waren. Dies dürfte eine Folge der weitgehend ganzjährigen Produktion von Blumen und Zierpflanzen sein. Weitere 13 % arbeiteten zwischen 100 und 200 Tagen. Weniger als 50 Tage im Jahr und damit nur gelegentlich arbeiteten 15 % der Arbeitskräfte. Im Obst- und Gemüsebau hatten dagegen diese Saisonarbeitskräfte mit 63 % bzw. 49 % wesentlich größere Bedeutung. Sie erledigten hier vor allem das Pflanzen und Ernten.

Arbeitskräfte in den Gartenbaubetrieben 1993 nach Beschäftigtengruppen und Sparten

Betriebsart Schwerpunkt Sparten	Insgesamt		Davon					
			Familienarbeitskräfte			familienfremde Arbeitskräfte		
			zusammen		darunter voll- beschäftigt	zusammen		darunter voll- beschäftigt
			Personen	VBE	Personen	VBE	Personen	Personen
Gartenbaubetriebe	19 713	8 102	7 271	3 988	2 658	12 442	4 114	2 032
Davon mit Schwerpunkt:								
Handel u. Dienstleistungen	1 004	704	429	339	284	575	365	275
Erzeugung	18 709	7 398	6 842	3 649	2 374	11 867	3 749	1 757
Davon:								
Obstbau	5 662	1 550	3 017	1 132	521	2 645	418	46
Gemüsebau	6 925	2 287	1 566	938	641	5 359	1 350	319
Zierpflanzenbau	2 646	1 891	1 060	812	643	1 586	1 079	844
Baumschulen	1 183	741	240	167	131	943	574	422
Mehrspartenbetriebe	2 293	929	959	600	438	1 334	329	126

Gartenbaubetriebe 1993 nach Absatzwegen und Sparten

Betriebsart Schwerpunkt Sparten	Insgesamt	Und zwar mit Absatz über / an					
		Erzeuger- organisation / Erzeuger- großmarkt	Großmarkt (Selbst- vermarkter)	Groß- oder Einzelhandel	sonstige Groß- abnehmer	Endverbraucher	
						zusammen	ab Betrieb
Anzahl							
Gartenbaubetriebe	3 095	1 850	180	464	282	1 448	822
Davon mit Schwerpunkt:							
Handel u. Dienstleistungen	171	5	5	16	11	165	43
Erzeugung	2 924	1 845	175	448	271	1 283	779
Davon:							
Obstbau	1 396	1 107	33	90	67	454	316
Gemüsebau	653	468	47	139	26	206	96
Zierpflanzenbau	392	50	73	138	75	321	173
Baumschulen	94	3	.	17	70	78	64
Mehrspartenbetriebe	389	217	.	64	33	224	130

Um die Arbeitsleistung der einzelnen Beschäftigtengruppen darstellen zu können, wurden im Zuge der Aufbereitung der Erhebung die Arbeitskräfte auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet. Danach benötigten die Zierpflanzenbetriebe 23 % der insgesamt 8 100 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE). Nur die zahlenmäßig bedeutenderen Gemüsebaubetriebe hatten einen höheren Arbeitsbedarf. Wird als Bezugsbasis die gärtnerische Nutzfläche gewählt, so zeigt sich besonders deutlich die hohe Arbeitsintensität der Blumen- und Zierpflanzenproduktion. Mit 659 Vollbeschäftigteneinheiten je 100 Hektar GN liegt sie im Zierpflanzenbereich fast fünfzehnmal so hoch wie bei den Gemüsebaubetrieben.

Anbau und Vermarktung von Blumen und Zierpflanzen stellen hohe Anforderungen an die berufliche Qualifikation der damit befaßten Personen. Es darf daher nicht verwundern, daß 85 % der Betriebsleiter der Zierpflanzenbetriebe eine Fachausbildung meist als Gärtnermeister aufwiesen. Dies war der höchste Anteil innerhalb der einzelnen Sparten des Gartenbaus. Für die Gartenbaubetriebe insgesamt lag der Anteil nur bei 39 %.

Absatz an Endverbraucher dominiert

Die Zierpflanzenbetriebe verkaufen ihre Produkte größtenteils direkt an den Endverbraucher. Individuelle Beratung bei der Auswahl von Blumen und Zierpflanzen und Hinweise zur Pflege der Blumen werden hierbei vom Kunden besonders geschätzt. Immerhin 321 Betriebe verkaufen ihre Produktion oder Teile davon auf diesem Wege. Die meisten erzielten so mehr als die Hälfte ihrer Verkaufserlöse. 173 Betriebe verkauften dabei direkt ab Betrieb, weitere 167 Betriebe über ein angeschlossenes Ladengeschäft oder Gartencenter. Einen Wochenmarkt

besuchten regelmäßig 51 Betriebe. Den Groß- oder Einzelhandel belieferten 138 Betriebe. Fast jeder zweite davon erzielte so mehr als 50 % seiner Verkaufserlöse.

Zierpflanzenbetriebe häufig in Stadtnähe

Der witterungsunabhängige Anbau unter Glas erlaubt fast überall den Anbau von Blumen und Zierpflanzen. Während beim Obst- und Gemüsebau eine Konzentration auf klimatisch begünstigte Gebiete gegeben ist, finden sich die Zierpflanzenbetriebe daher nicht zuletzt wegen ihrer Abhängigkeit von kaufkräftigen Abnehmern ihrer Produkte vor allem in der Nähe von Ballungszentren.

Jeder fünfte Betrieb mit Zierpflanzenanbau hatte 1993 seinen Betriebssitz in einer kreisfreien Stadt. 19 Betriebe mit Blumen- und Zierpflanzenanbau wirtschafteten in der Stadt Trier, ihre Anbaufläche war mit 4 ha allerdings verhältnismäßig gering. In den Städten Koblenz und Worms verfügten die jeweils 16 Betriebe über 6 ha Blumen- und Zierpflanzenfläche. Das größte Anbauareal wiesen die 14 Betriebe der Stadt Ludwigshafen mit 13 ha auf, von denen etwa ein Drittel unter Glas lag.

Unter den Landkreisen gab es in Ludwigshafen die meisten Betriebe mit Zierpflanzen. Die hier ansässigen 43 Betriebe verfügten über 25 ha mit diesen Kulturen. Mehr als die Hälfte der Fläche befand sich in Gewächshäusern. Mit durchschnittlich 119 Ar und 43 ha insgesamt waren die 36 Betriebe im Landkreis Alzey - Worms die größten innerhalb des Landes. Eine Blumen- und Zierpflanzenfläche von insgesamt 32 ha ergab sich für den Landkreis Ahrweiler. Sie wurde von 29 Betrieben bewirtschaftet.

Diplom - Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 904	3 938	3 929
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 001	1 932 ^P	914 ^P	1 508 ^P	1 467 ^P	726 ^P	891 ^P	1 430 ^P	1 375 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	5,9 ^P	3,0 ^P	4,5 ^P	4,5 ^P	2,2 ^P	2,8 ^P	4,3 ^P	4,2 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 524	3 378 ^P	3 098 ^P	3 632 ^P	3 080 ^P	2 785 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,3 ^P	10,3 ^P	10,9 ^P	9,5 ^P	8,3 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 656	3 571 ^P	3 420 ^P	3 866 ^P	3 362 ^P	3 577 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	10,9 ^P	11,4 ^P	11,6 ^P	10,4 ^P	10,7 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	22	19 ^P	11 ^P	12 ^P	18 ^P	21 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,1	5,5 ^P	3,7 ^P	3,4 ^P	5,6 ^P	6,6 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 132	- 193 ^P	- 322 ^P	- 234 ^P	- 282 ^P	- 792 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,6 ^P	- 1,1 ^P	- 0,7 ^P	- 0,9 ^P	- 2,4 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 299	10 631	8 916	10 314	9 960
* Fortgezogene	Anzahl	7 426	8 298	7 152	8 165	7 346
* Wanderungssaldo	Anzahl	3 873	2 333	1 764	2 149	2 614
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 664	13 845	11 568	12 553	12 551
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	117 703	132 876	145 377	138 020	134 289	145 406	143 631	136 759	134 129
* Männer	Anzahl	65 894	75 533	85 441	79 726	76 779	86 007	84 375	79 277	77 232
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 936	.	.	7 479	.	.	.	7 583	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	41 224	.	.	49 666	.	.	.	45 555	.
Arbeitslosenquote	%	7,5	8,4	9,2	8,7	8,5	9,2	9,1	8,6	8,5
Offene Stellen	Anzahl	19 617	19 749	18 535	20 385	20 865	18 908	22 076	24 775	25 940
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 533	.	.	800	.	.	.	983	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 528	.	.	3 228	.	.	.	4 494	.
Kurzarbeiter	Anzahl	35 286	15 101	30 727	27 438	21 935	8 700	9 527	7 707	6 190
Männer	Anzahl	28 635	12 001	25 618	22 684	17 538	6 899	7 715	5 960	4 610
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	13 805	12 886	12 143	13 562	11 791	13 104	11 610	13 642	11 968
* Rinder	t	4 111	3 757	3 649	4 338	3 479	3 673	3 228	4 082	3 175
* Kälber	t	29	26	21	43	24	20	39	23	31
* Schweine	t	9 550	8 996	8 372	9 047	8 196	9 340	8 269	9 448	8 651
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 723	61 949	55 269	64 182	63 444	61 531	57 466	65 635	64 838
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 594	2 488	2 509	2 503	2 494
* Beschäftigte	1000	357	335	338	337	335
* Arbeiter ⁸⁾	1000	235	220	221	220	219
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	30 320	29 009	28 135	31 110	29 236
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 706	1 661	1 489	1 576	1 528
* Löhne	Mill. DM	932	904	794	853	827
* Gehälter	Mill. DM	774	757	695	723	701
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 270	8 627	7 842	9 346	8 136
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 807	3 163	2 865	3 507	2 944
* Exportquote ⁹⁾	%	33,9	36,7	36,5	37,5	36,2

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	260	254	.	276
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	697	775	.	793
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	105	105	.	115
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	47	40	.	53
* schweres Heizöl	1 000t	58	65	.	62
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 070	1 142	1 055	1 169	1 111
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	234	245	259	263	250
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	108	120	105	130	108 ^f
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	110	118	108	123	117
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	120	125	89	131	125
Chemische Industrie	1985 = 100	114	121	113	124	120
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	118	96	135	89 ^f
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	104	161	113	200	70
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	69	76	68	83	82 ^f
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	116	107	126	110 ^f
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	50	41	49	52	36
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	153	162	127	165	143
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	458	485	553	478	533	476	545	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 114	3 192	3 161	3 266	2 895	3 760	3 231	4 026	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 459	1 520	1 625	1 558	1 316	1 813	1 556	2 180	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 054	2 104	1 993	2 232	2 033	2 451	2 126	2 363	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	479	484	590	569	504	734	601	701	...
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	86	83	.	81
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	187	184	.	157
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 475	60 327	57 018	60 513	60 480	55 315	55 261	55 233	...
Facharbeiter	Anzahl	29 310	29 393	27 672	29 530	29 223	26 183	25 958	25 975	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 207	15 575	14 694	15 625	15 921	14 754	14 646	14 832	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 613	6 569	4 733	7 292	6 684	3 998	4 730	5 889	...
Privater Bau	1 000	4 454	4 599	3 434	5 017	4 677	3 017	3 459	4 108	...
* Wohnungsbau	1 000	2 666	2 896	2 013	3 142	2 903	1 837	2 124	2 482	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	41	29	20	26	24	22	20	22	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 747	1 674	1 401	1 849	1 750	1 158	1 315	1 604	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 158	1 970	1 299	2 275	2 007	981	1 271	1 781	...
Hochbau	1 000	413	351	264	415	371	251	281	331	...
Tiefbau	1 000	1 746	1 619	1 035	1 860	1 636	730	990	1 450	...
Straßenbau	1 000	939	873	537	973	872	404	523	784	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	245	254	186	252	234	189	187	215	...
* Löhne	Mill. DM	194	201	140	204	184	146	143	171	...
* Gehälter	Mill. DM	51	53	46	49	50	43	44	44	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	820	516	708	747	529	510	642	...

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	1 277	1 180	1 552	1 294	1 082	1 028	1 195	929
* mit 1 Wohnung	Anzahl	639	720	679	890	783	616	560	679	544
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	221	297	275	397	299	228	244	266	201
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	196	261	226	265	212	238	224	250	184
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 326	1 642	1 457	1 952	1 508	1 499	1 310	1 555	1 160
* Wohnfläche	1000 m ²	235	295	264	347	266	276	235	280	207
Wohnräume	Anzahl	10 849	13 551	12 081	15 919	12 122	12 793	10 841	12 839	9 562
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	533	681	601	794	610	625	555	661	504
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	2	1	2	-	9	4	-
Unternehmen	Anzahl	128	151	111	201	95	127	133	111	112
Private Haushalte	Anzahl	925	1 123	1 067	1 350	1 197	955	886	1 080	817
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	153	168	148	163	149	159	176	210	134
* Umbauter Raum	1000 m ³	799	747	655	643	575	791	911	1 048	493
* Nutzfläche	1000 m ²	125	128	103	117	92	134	145	173	91
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	194	193	179	157	128	246	184	231	108
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	17	31	27	21	21	26	18
Unternehmen	Anzahl	120	133	123	125	111	125	152	174	108
Private Haushalte	Anzahl	7	9	8	7	11	13	3	10	8
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 871	3 555	3 142	4 315	2 988	3 290	2 731	3 353	2 448
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 499	2 896	2 619	3 011	2 866
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 286	1 529	1 353	1 554	1 558
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	190	214	178	233	198
Dänemark	Mill. DM	40	47	38	46	54
Frankreich	Mill. DM	346	439	384	438	421
Griechenland	Mill. DM	22	21	18	23	25
Großbritannien	Mill. DM	231	283	253	280	290
Irland	Mill. DM	10	11	10	13	10
Italien	Mill. DM	183	226	196	229	256
Niederlande	Mill. DM	165	174	152	185	185
Spanien	Mill. DM	80	95	105	89	95
Portugal	Mill. DM	18	20	18	18	24
USA und Kanada	Mill. DM	186	228	202	252	221
Japan	Mill. DM	55	70	66	86	61
Entwicklungsländer	Mill. DM	339	379	370	416	377
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	138	148	126	176	132
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 967	2 132	1 982	2 270	1 997
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 016	1 133	1 051	1 214	1 054
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	171	194	183	198	189
Dänemark	Mill. DM	34	35	33	28	29
Frankreich	Mill. DM	265	331	312	315	314
Griechenland	Mill. DM	6	3	1	5	5
Großbritannien	Mill. DM	94	94	94	114	103
Irland	Mill. DM	11	14	13	7	18
Italien	Mill. DM	168	179	174	210	161
Niederlande	Mill. DM	163	174	119	201	133
Spanien	Mill. DM	83	88	99	114	84
Portugal	Mill. DM	23	20	23	21	18
USA und Kanada	Mill. DM	170	187	206	182	155
Japan	Mill. DM	109	80	71	105	100
Entwicklungsländer	Mill. DM	251	261	215	255	268
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	91	82	82	67

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,1	98,1	96,8	97,0	97,0
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,2	125,8	107,3	139,2	119,1
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	109,7	108,7	106,8	107,8	107,6
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	123,1	126,0	106,0	134,2	119,8
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	91,6	91,1	84,1	87,7	92,4
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	96,9	87,2	92,2	97,6
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,6	113,4	89,0	100,9	109,6
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	118,8	114,8	82,4	89,9	108,9
Gaststättengewerbe	1986 = 100	112,8	111,3	92,1	105,5	109,0
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	498	499	279	329	440	264	279	366	...
* Ausländer	1000	106	101	66	60	85	47	60	66	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 736	1 717	954	1 154	1 470	890	945	1 165	...
* Ausländer	1000	344	331	203	187	249	134	185	189	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 317	1 440	1 274	1 543	1 371
* Gütersend	1000 t	890	1 018	930	1 080	929
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 351	13 592	11 770	20 690	15 243	12 223	12 049	19 766	16 308
Krafträder	Anzahl	936	940	601	2 674	1 476	268	854	2 197	1 984
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 502	11 724	10 404	16 724	12 837	11 170	10 439	16 321	13 278
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	648	545	842	634	592	529	826	680
Zugmaschinen	Anzahl	138	148	121	183	183	117	145	236	201
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 509	1 495	1 075	1 345	1 525	1 268	1 219	1 379 ^P	1 214 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 073	7 751	6 974	7 866	7 283	7 684	6 952	8 444 ^P	6 661 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 046	2 041	1 450	1 839	2 084	1 725	1 651	1 871 ^P	1 720 ^P
* Getötete	Anzahl	40	38	25	22	50	23	24	36 ^P	33 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	25	24	21	13	31	16	17	27 ^P	22 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	-	5	8	1	-	2 ^P	5 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	2	-	2	3	2	2	2 ^P	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	6	4	3	2	7	4	4	4 ^P	3 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	533	510	328	441	520	408	399	451 ^P	467 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	311	293	203	268	298	284	261
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	86	30	56	98	20	36
Radfahrer	Anzahl	56	56	23	49	47	27	26
Fußgänger	Anzahl	57	55	59	51	55	65	63
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	83	84	88	90	79	94	77	121	91
Angemeldete Forderungen	1000 DM	49 827	53 368	29 089	37 935	46 989	54 411	42 746	50 578	78 068
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl
* Wechselsumme	1000 DM

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	112 376	119 477	.	113 559	.	.	.	120 320	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	110 428	117 459	.	111 511	.	.	.	118 328	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 046	20 750	.	20 077	.	.	.	21 318	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 205	19 956	.	19 489	.	.	.	20 579	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	841	794	.	588	.	.	.	739	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 247	9 450	.	9 915	.	.	.	9 470	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 745	8 431	.	8 627	.	.	.	8 228	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 502	1 019	.	1 288	.	.	.	1 242	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	80 135	87 259	.	81 519	.	.	.	87 540	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	71 424	78 424	.	72 757	.	.	.	78 130	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 711	8 835	.	8 762	.	.	.	9 410	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	104 081	106 975	.	103 614	.	.	.	105 518	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	18 567	19 211	.	16 685	.	.	.	17 178	.
* Termineinlagen	Mill. DM	42 122	40 248	.	42 726	.	.	.	40 755	.
* Spareinlagen	Mill. DM	43 392	47 516	.	44 203	.	.	.	47 585	.
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 324	3 370	3 590	3 250	2 780	2 991	3 765	3 299	2 393
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 365	1 369	1 543	1 537	721	1 314	1 573	1 542	685
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 053	1 071	1 418	815	785	1 224	1 463	774	792
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	187	188	677	-	-	-6	699	-	-16
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	123	79	-24	376	-102	-167	-74	386	-158
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	55	13	13	18	165	18	31	15
* Zinsabschlag	Mill. DM	32	49	93	13	14	126	88	13	12
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	15	22	73	-	-	-	74	-	-
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	114	115	43	320	6	-35	78	338	24
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	1	9	-14	-	-	-	89	-	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 960	2 001	2 046	1 713	2 059	1 678	2 191	1 757	1 708
* Umsatzsteuer	Mill. DM	658	687	947	525	600	688	827	521	601
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 314	1 100	1 188	1 459	990	1 365	1 236	1 107
* Zölle	Mill. DM	215	214	210	221	236	185	233	198	242
* Bundessteuern	Mill. DM	504	507	537	833	359	12	625	799	469
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	1	0	7	0	0	0	1	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	498	496	525	816	349	4	562	672	402
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2	5	5	7	6	3	51	120	61
* Landessteuern	Mill. DM	123	121	162	125	104	83	165	128	91
* Vermögensteuer	Mill. DM	27	23	59	2	4	2	66	3	4
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	61	73	75	71	70	51	79	63
* Biersteuer	Mill. DM	7	8	10	10	8	8	6	13	2

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	674	696	.	644	
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	.	7	
* Grundsteuer B	Mill. DM	124	131	.	117	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	463	469	.	424	
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	69	.	80	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 345	2 434	2 545	2 631	2 027	1 649	2 628	2 493	1 838
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	626	672	678	349	658	714	683	361
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 241	1 293	1 335	1 119	1 297	975	1 287	1 011	988
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 002	997	1 178	953	694	1 009	1 154	1 112	717
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	585	587	658	676	301	566	669	680	288
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	284	275	356	152	246	354	316	303	274
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 158	1 166	.	787
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	413	397	.	404
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	534	542	.	163
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	119,9	123,5	122,6	122,8	123,1	125,0	125,5	125,6	125,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	114,4	116,3	115,5	115,6	116,3	117,4	118,1	118,2	118,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	110,5	112,8	111,6	.	.	.	114,3	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	23,60	24,41	.	.	24,26	24,52
Männliche Arbeiter	DM	24,51	25,27	.	.	25,10	25,42
Facharbeiter	DM	25,91	26,81	.	.	26,60	26,97
Angelernte Arbeiter	DM	23,56	24,26	.	.	24,16	24,29
Hilfsarbeiter	DM	20,83	21,33	.	.	21,09	21,62
Weibliche Arbeiter	DM	17,78	18,41	.	.	18,30	18,49
Hilfsarbeiter	DM	17,42	17,93	.	.	17,83	17,96
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,4	38,8	.	.	38,7	38,1
Männliche Arbeiter	Std.	38,6	39,0	.	.	39,0	38,2
Weibliche Arbeiter	Std.	36,8	37,3	.	.	37,1	37,5
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 631	5 757	.	.	5 733	5 830
Kaufmännische Angestellte	DM	5 082	5 210	.	.	5 194	5 287
männlich	DM	6 036	6 159	.	.	6 143	6 249
weiblich	DM	4 067	4 166	.	.	4 155	4 224
Technische Angestellte	DM	6 069	6 193	.	.	6 156	6 260
männlich	DM	6 203	6 335	.	.	6 299	6 403
weiblich	DM	4 613	4 689	.	.	4 653	4 742
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	4 033	4 207	.	.	4 171	4 260
Kaufmännische Angestellte	DM	4 018	4 193	.	.	4 160	4 246
männlich	DM	4 839	4 978	.	.	4 940	5 014
weiblich	DM	3 346	3 529	.	.	3 501	3 584

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994					1995		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	65 532	...	65 755	65 765	65 775
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	36 884	36 459 ^{p3)}	13 340 ^{p3)}	16 429 ^{p3)}	28 321 ^{p3)}	40 135 ^{p3)}	13 252 ^{p3)}	15 677 ^{p3)}	27 102 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	66 537	63 821 ^{p3)}	60 242 ^{p3)}	59 389 ^{p3)}	67 168 ^{p3)}	61 888 ^{p3)}	60 771 ^{p3)}	57 500 ^{p3)}	65 159 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	74 773	73 269 ^{p3)}	80 997 ^{p3)}	72 585 ^{p3)}	78 928 ^{p3)}	73 690 ^{p3)}	78 823 ^{p3)}	68 008 ^{p3)}	83 256 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 236	- 9 448 ^{p3)}	- 20 755 ^{p3)}	- 13 196 ^{p3)}	- 11 760 ^{p3)}	- 11 802 ^{p3)}	- 18 052 ^{p3)}	- 10 508 ^{p3)}	- 18 097 ^{p3)}
Arbeitslose	1000	2 270	2 556	2 736	2 742	2 640	2 545	2 745	2 720	2 610
Männer	1000	1 277	1 462	1 602	1 616	1 538	1 460	1 615	1 600	1 517
Arbeitslosenquote	%	8,2	9,2	9,8	9,9	9,5	9,2	9,9	9,8	9,4
Offene Stellen	1000	243	234	207	232	248	212	243	273	299
Kurzarbeiter	1000	767	275	517	519	467	117	138	160	157
Männer	1000	615	219	421	429	384	91	115	132	126
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 805	6 368	6 467	6 428	6 421	6 268
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	565	534	525	525	585	505
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 832	156 137	135 653	140 945	168 269	170 528
Auslandsumsatz	Mill. DM	40 783	44 276	37 489	40 937	48 471	49 491
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)										
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	111	115	100	105	123	117
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	110	117	107	107	123	109
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	112	92	104	123	125
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	113	112	107	107	126	107
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	126	128	117	113 ^r	134	124
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 609	32 847	36 794	34 047	35 740	36 789	38 593	33 773	...
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 641	2 757	3 253	3 154	3 228	3 241
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 080	1 088	1 033	1 023	1 076	1 090	1 040	1 025	1 041
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	113	85	78	124	94	72	89	108
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 390	15 266	9 735	9 578	13 232	20 841	10 216	10 275	13 496
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	14 657	16 452	12 473	13 627	18 176	15 542	12 489	12 772	15 407
Wohnfläche	1000 m ²	11 844	13 191	9 920	11 075	15 056	11 839	9 826	10 319	12 452
Wohnfläche	1000 m ²	3 315	3 786	2 921	3 080	3 988	3 940	3 001	2 915	3 524
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
Anzahl	Anzahl	2 678	2 713	2 145	2 110	2 703	2 771	2 195	2 218	2 756
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	43 674	48 878	39 209	40 320	50 070	53 255	38 972	37 617	44 584
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	134,7	...	118,9	118,3 ^r	148,7	168,4
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,8	...	104,2	104,5	117,1	121,8 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	50 331	...	47 545	50 278	59 456	65 287	56 078
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	24 066	...	22 771	24 754	30 343	31 469	33 060
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 316	...	3 034	3 129	4 463	4 195	3 706
Frankreich	Mill. DM	5 880	...	5 802	6 269	7 567	7 768	7 141
Großbritannien	Mill. DM	3 884	...	3 647	3 997	4 628	4 991	4 311
Italien	Mill. DM	3 647	...	3 544	3 759	4 836	4 896	4 335
Niederlande	Mill. DM	3 700	...	3 492	3 875	4 527	4 781	4 162
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 404	...	41 821	44 801	53 380	58 841	47 194
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	20 999	...	18 091	20 151	24 020	27 687	25 956
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	2 592	...	2 099	2 427	3 345	3 576	2 940
Frankreich	Mill. DM	5 086	...	4 400	4 692	5 310	6 705	5 229
Großbritannien	Mill. DM	2 764	...	2 509	2 716	3 154	3 459	2 990
Italien	Mill. DM	3 682	...	3 055	3 538	4 328	4 965	4 057
Niederlande	Mill. DM	3 790	...	3 347	3 614	4 280	4 619	4 218
Geld und Kredit ^{3) 4)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 758	...	3 766	3 782	3 820	4 065	4 063	4 091	4 106
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 920	...	2 922	2 931	2 962	3 143	3 099 ^f	3 114	3 125
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	838	...	844	851	859	922	964 ^f	978	981
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 511 ^f	...	2 493	2 500	2 496	2 591	2 545	2 547	2 535
Spareinlagen	Mrd. DM	859	...	866	871	874	940	943	948	951
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 856	48 752	48 119	43 446	55 347	88 419	51 157	40 841	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 482	28 588	27 643	19 751	37 438	61 895	31 118	17 571	...
Lohnsteuer	Mill. DM	21 499	22 210	22 775	18 801	19 130	39 729	25 832	19 305	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 769	2 126	- 718	- 851	9 484	11 181	- 1 692	- 1 766	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	18 025	19 642	20 418	23 639	17 867	20 985	19 984	23 160	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	14 541	16 272	17 444	20 799	14 378	16 470	17 129	20 069	...
Zölle	Mill. DM	603	598	554	550	665	728	518	555	...
Bundessteuern	Mill. DM	7 813	8 791	1 066	10 290	9 033	16 526	1 158	13 080	...
Versicherungsteuer	Mill. DM	774	950	549	3 250	1 288	568	618	4 342	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 020	7 702	405	6 921	7 550	15 840	343	7 460	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	99,6	100,9	100,2	101,0	101,3	101,0	101,9	103,6	103,7
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	84,7	86,5	84,3	85,0	85,9	87,5	89,1	92,1	92,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	102,0	101,5	101,6	101,7	102,7	103,2	103,4	103,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	110,1	112,4	.	111,2	.	.	.	113,8	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	110,5	112,8	.	111,6	.	.	.	114,3	.
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,7	107,9	.	107,3	.	.	.	108,3	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	119,9	123,5	122,2	122,6	122,8	124,4	125,0	125,5	125,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	114,4	116,3	114,8	115,5	115,6	116,6	117,4	118,1	118,2
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	116,4	118,0	117,5	117,6	117,8	118,6	118,6	118,7	118,8
Wohnungsmieten	1985 = 100	131,1	137,1	134,3	135,0	135,7	139,5	140,1	140,8	141,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	91,0	91,2	91,5	91,3	91,2	90,9	91,0	90,8	90,5
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	118,0	120,4	119,4	119,7	119,9	121,1	121,3	121,6	121,8
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	122,4	126,7	125,8	126,0	126,2	127,5	128,0	128,3	128,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	121,7	125,6	124,8	125,1	125,0	126,0	126,2	126,4	126,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	115,9	118,1	117,5	117,8	117,8	119,0	119,5	119,7	119,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	135,2	143,2	141,7	142,0	142,3	145,2	147,3	147,9	147,9

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Frühjahrsentwicklung der Reben nicht ganz so gut wie 1994

Den diesjährigen Wachstumstand der Reben im Mai bewerteten die rund 400 Berichterstatter des Statistischen Landesamtes zwar als normal aber witterungsbedingt nicht ganz so gut wie im Vorjahr. Bei ausreichenden Niederschlägen war der Temperaturverlauf im Mai nicht immer zufriedenstellend. Gelegentlich traten Schäden durch meist schwache Frühjahrsfröste auf.

Der Austrieb der Reben verlief dementsprechend nicht so einheitlich wie im Vorjahr. Nur zwei Drittel der Berichterstatter meldeten einen guten Austrieb, 1994 waren es über 90 %.

Besonders auffallend war das vermehrte Auftreten von pilzlichen Erkrankungen wie Oidium (echter Mehltau). hü

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Mai		Veränderung
	1994	1995	
	Mill. DM		%
Landessteuern	639,4	642,5	0,5
Vermögensteuer	129,4	146,3	13,1
Erbschaftsteuer	45,1	53,4	18,4
Kraftfahrzeugsteuer	329,6	334,0	1,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	68,5	69,7	1,7
Feuerschutzsteuer	16,8	3,5	-79,1
Biersteuer	50,0	35,7	-28,7
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	2 767,3	2 771,3	0,1
Lohnsteuer	2 265,8	2 382,6	5,2
Veranlagte Einkommensteuer	3,7	-62,6	-
Kapitalertragsteuer	126,0	116,7	-7,4
Zinsabschlag	154,0	149,7	-2,8
Körperschaftsteuer	217,7	184,9	-15,1
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 348,5	1 522,2	12,9
Umsatzsteuer	1 153,6	1 189,8	3,1
Einfuhrumsatzsteuer	194,9	332,4	70,5
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	23,9	58,0	142,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	22,5	18,8	-16,6
I n s g e s a m t	4 801,6	5 012,8	4,4

Im Kreditgewerbe Arbeitskosten von 80 900 DM, im Einzelhandel von 52 000 DM je Arbeitnehmer

Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 1992 zeigen für die Dienstleistungsbereiche in Rheinland - Pfalz deutliche branchenspezifische Unterschiede.

Die höchsten Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer entstanden mit 80 900 DM im Kreditgewerbe. Sie lagen damit noch über denen des Versicherungsgewerbes (76 700 DM), obwohl dort deutlich höhere Löhne und Gehälter erzielt wurden. Ursache hierfür ist der hohe Anteil der Personalnebenkosten, der im Kreditgewerbe (49,4 %) schon fast die Hälfte der gesamten Arbeitskosten ausmacht.

Die Arbeitskosten des erstmals einbezogenen Bereichs „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ bewegten sich mit 72 800 DM unter denen des Kredit- und Versicherungsgewerbes, aber deutlich über denen des Großhandels (61 200 DM) und des Einzelhandels (52 000 DM).

Die Spannweite der Arbeitskosten je geleistete Stunde in einzelnen Dienstleistungsbereichen reicht von 49,46 DM im Kreditgewerbe bis zu 31,20 DM im Einzelhandel. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 170.

Im 1. Quartal 1995 fast 12 % weniger Wohnungen genehmigt

Im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau ist nach dem Rekordergebnis des Jahres 1994 im 1. Quartal 1995 ein Nachfragerückgang zu verzeichnen. Insgesamt wurde in den ersten drei Monaten der Bau von 3 305 neuen Wohngebäuden mit 8 240 Wohnungen genehmigt. Das sind gegenüber dem 1. Quartal des Vorjahres gut 11 % weniger Genehmigungen für Wohngebäude und fast 12 % weniger für Wohnungen.

Die Aufsichtsbehörden genehmigten von Januar bis März 1995 den Bau von 1 855 neuen Ein- und 738 Zweifamilienhäusern, das sind fast 13 bzw. 16 % weniger als im 1. Quartal 1994. Nur für die Kategorie der Mietwohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (711 Gebäude) wurden rund 4 % mehr Baugenehmigungen ausgesprochen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (685). Mit 4 909 Mietwohnungen in Geschoßwohnbauten blieb die Anzahl der genehmigten Mietwohnungen allerdings knapp (2 %) unter dem Ergebnis des Vorjahresquartals (5 007). hes

Mehr als 1 Mill. Fahrzeuge auf dem Prüfstand

Im Jahre 1994 wurden von den technischen Prüfstellen in Rheinland-Pfalz mehr als 1 Mill. Kraftfahrzeuge und 92 600 Fahrzeuganhänger untersucht. Von 828 000 vorgeführten Personenwagen hatten 53 % Mängel. Die höchste Mängelrate ergab sich bei Kraftomnibussen und Lastwagen (80 600) mit 58 %. Bei Zugmaschinen (49 300) und Fahrzeuganhängern

(92 600) wurden die Prüfer in 49 bzw. 46 % der Fälle fündig. Am besten schnitten Motorräder ab. Von 46 000 untersuchten Zweirädern wurden nur 37 % beanstandet.

Insgesamt stellten die Prüfer und Sachverständigen bei 35 % der untersuchten Fahrzeuge und Anhänger leichte, bei 17 % schwere Mängel fest. 1 628 Fahrzeuge waren verkehrsunsicher und mußten stillgelegt werden. gr

Handbuch der Finanzstatistik 1994



Das bewährte Nachschlagewerk stellt umfassend und detailliert neue Zahlen über die Finanzen des Landes und der kommunalen Körperschaften bereit. Einnahmen aus Steuern und Gebühren, Ausgaben für Bildung und Soziales, Schuldenstand und Realsteuerhebesätze. Dies sind nur einige Beispiele für die Fülle wichtiger Informationen, die hier zu finden ist. Besonderen Wert für Analysen haben die Regionaltabellen, in denen Angaben auch für einzelne Gebietskörperschaften nachgewiesen werden. Neben der Gesamtschau des öffentlichen Sektors als Teil der Volkswirtschaft ist die einzelwirtschaftliche Betrachtung im Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen eine wesentliche Auswertungsmöglichkeit, die das tief gegliederte finanzstatistische Zahlenmaterial eröffnet.

Dem mehr als 600 Seiten umfassenden Tabellenteil sind ausführliche methodische Abhandlungen vorangestellt, die sowohl die materiellen Grundlagen der erhobenen Tatbestände als auch das statistische Verfahren erläutern. Inhalt und Aussagefähigkeit der vorgelegten Ergebnisse werden damit klar umschrieben.

Zu beziehen ist das „Handbuch der Finanzstatistik“ zum Preis von 45,- DM zuzüglich Versandkosten direkt von der Vertriebsstelle des Statistischen Landesamtes, Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, Telefon : 0 26 03 / 71 245, Telefax : 0 26 03 / 71 315.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.